

Working Paper 3/2016

der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften

Frank Adler

Transformation zur Postwachstums- gesellschaft – ja, aber wie und wer?

kommentiert von Stefanie Graefe

ISSN 2194-136X

Frank Adler: Transformation zur Postwachstumsgesellschaft – ja, aber wie und wer? Kommentiert von Stefanie Graefe. Working Paper der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften, Nr. 3/2016, Jena 2016.

Impressum

© bei den AutorInnen

DFG-Kollegforscher_innengruppe
Postwachstumsgesellschaften

Humboldtstraße 34
07743 Jena

Internet:

www.kolleg-postwachstum.de

Redaktion/Lektorat/Layout: Christine Schickert

Christine.schickert@uni-jena.de

Die DFG-KollegforscherInnengruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung. Dynamik und (De-) Stabilisierung moderner Wachstumsgesellschaften“ – kurz: „Kolleg Postwachstumsgesellschaften“ – setzt an der soziologischen Diagnose multipler gesellschaftlicher Umbruchs- und Krisenphänomene an, die in ihrer Gesamtheit das überkommene Wachstumsregime moderner Gesellschaften in Frage stellen. Die strukturellen Dynamisierungsimperative der kapitalistischen Moderne stehen heute selbst zur Disposition: Die Steigerungslogik fortwährender Landnahmen, Beschleunigungen und Aktivierungen bringt weltweit historisch neuartige Gefährdungen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Reproduktion hervor. Einen Gegenstand in Veränderung – die moderne Wachstumsgesellschaft – vor Augen, zielt das Kolleg auf die Entwicklung von wissenschaftlichen Arbeitsweisen und auf eine Praxis des kritischen Dialogs, mittels derer der übliche Rahmen hochgradig individualisierter oder aber projektförmig beschränkter Forschung überschritten werden kann. Fellows aus dem In- und Ausland suchen gemeinsam mit der Jenaer Kollegsgruppe nach einem Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse, um soziologische Expertise in jene gesellschaftliche Frage einzubringen, die nicht nur die europäische Öffentlichkeit in den nächsten Jahren bewegen wird: Lassen sich moderne Gesellschaften auch anders stabilisieren als über wirtschaftliches Wachstum?

Frank Adler

Transformation zur Postwachstumsgesellschaft – ja, aber wie und wer? Kommentiert von Stefanie Graefe*

Zusammenfassung

Der Text von Frank Adler diskutiert einige Aspekte der Frage nach dem möglichen „Wie?“ und „Wer?“ einer Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft. Widersprüche eines demokratischen Transformationsprozesses werden benannt und denkbare Auswege angedeutet. Dann werden Akteure und Protagonisten des Postwachstumsdiskurses und der auch in Deutschland entstehenden Degrowth-Bewegung beleuchtet und die These begründet, dass ihre Heterogenität auch vorteilhaft sein kann. Ausgehend von akademischen Kontroversen über geeignete Wege und Strategien in Richtung Postwachstum wird die Position vertreten, dass jede(r) von ihnen spezifische transformative Potenziale hat, generalisierende Abwertungen unberechtigt sind. Der anschließende Kommentar von Stefanie Graefe hinterfragt sowohl die den verschiedenen Akteuren zugeordnete Rolle innerhalb einer möglichen Transformation und wie weit sie diese tatsächlich erfüllen können und problematisiert die fehlende Festlegung der Degrowth-Bewegung auf einige Kernanliegen genauso wie die wahrgenommene Dethematisierung von Herrschaftsbeziehungen und politischen Interessengruppen.

Abstract

Frank Adler's text discusses some aspects of the question via which ways and through which actors a transformation towards a "post-growth" society could become possible. Seven contradictions of such a democratic transformation process are mentioned and possible solutions are indicated. Then the paper examines the actors of the degrowth discourse and the emerging degrowth movement in Germany, arguing that its heterogeneity could be also advantageous, e.g. for building alliances. Finally, starting from controversies about the suitable ways and strategies towards degrowth, the following position is advocated: each of it has its own specific transformative potentials, generalizing devaluations are inadequate. The text is followed by a commentary by Stefanie Graefe that questions the roles of the different actors assigned to them and their ability to fill these roles. It discusses the lack of clearly defined goals within the degrowth movement as well as the perceived failure to address power relations and the divergent political interests of different actors.

Address of the Authors

Dr. Frank Adler
Email: fr.adler@gmx.de

PD Dr. Stefanie Graefe
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut f. Soziologie
PF 07737 Jena
Email: stefanie.graefe@uni-jena.de

* Beide Beiträge entstanden für den Workshop „Große Transformation – aber wie? Theoretische und empirische Erkundungen aus vergleichender Perspektive“, der am 3.7.2015 von der DFG-Kollegforscher_innengruppe Postwachstumsgesellschaften in Jena veranstaltet wurde. Die Beiträge wurden im Herbst 2015 fertiggestellt.

Inhalt

Teil 1:

| | |
|--|----|
| Frank Adler: Transformation zur Postwachstumsgesellschaft – ja, aber wie und wer? | 1 |
| 1. Vor-Fragen und Prämissen des „Wie?“ | 1 |
| 2. Unüberwindliche Widersprüche eines demokratischen Übergangs? | 4 |
| <i>Mehrheiten für das radikal Neue unter Hegemonie des Alten?</i> | |
| <i>Auf friedlich-demokratischen Wegen Elitenmacht überwinden?</i> | |
| <i>Schrumpfen vs. Umbau-Ressourcen?</i> | |
| <i>Disruptiv, weil radikal-tiefgreifender Wandel?</i> | |
| <i>Egalitäre Umverteilung vs. Allianzen?</i> | |
| <i>Komplexität des Wandels: pro oder contra bewusste Steuerung?</i> | |
| <i>PW-Transformation historisch beispiellos?</i> | |
| 3. Protagonisten und Akteure in Diskurs... | 11 |
| <i>... und einer entstehenden Degrowth-Bewegung?</i> | |
| <i>Heterogenität der Akteure als bewegungspolitische Wachstumschance?</i> | |
| 4. Strategien des Wandels zu PW – alternativ... | 15 |
| <i>... oder komplementär?</i> | |
| Literatur | 19 |

Teil 2:

| | |
|--|----|
| Stefanie Graefe: Kommentar zu Frank Adler | 22 |
| <i>Das Subjekt der Transformation</i> | |
| <i>Das Angebot einer anderen Gesellschaft</i> | |
| <i>Kommunikation statt Konflikt?</i> | |

Frank Adler

Transformation zur Postwachstumsgesellschaft – ja, aber wie und wer?

Der von Raj Kollmorgen initiierte Workshop stellt mit der Frage nach dem prozessualen „Wie?“ einer Großen/Gesellschafts-/Postwachstums-Transformation eine Thematik ins Zentrum, die nach meinem Überblick sowohl in der Transformations- wie auch in der Postwachstums-Debatte unterbelichtet ist. Antworten darauf sind nicht unabhängig vom „Warum?“ einer solchen Transformation und von ihrem gesellschaftlichen Inhalt¹, den Dimensionen des Wandels. Deshalb werde ich zunächst knapp auf diese zwei vorgelagerten Problematiken eingehen (s.u. 1.). In einem zweiten Schritt werden dann einige der schwierigen Widersprüche benannt, mit denen ein friedlich-demokratischer Übergang zu einer Postwachstumsgesellschaft (PWG) vermutlich zu rechnen hat. Auch denkbare Bewegungs- oder Lösungsformen werden angedeutet (s.u. 2.).

Vor diesem Hintergrund wende ich mich dann den gegenwärtig beobachtbaren Protagonisten und Akteuren von Postwachstum (PW)/Degrowth zu. Speziell beleuchte ich Aspekte ihrer Heterogenität im PW-Diskurs und der sich formierenden Degrowth-Bewegung und begründe, inwiefern dies vorteilhaft sein kann für das transformative Potential von Degrowth (s.u. 3.). Abschließend gehe ich auf die Debatte ein, welches wohl der geeignete Weg in eine PWG wäre und zeige, dass konfrontativ-alternative Gegenüberstellungen weder begründet noch nützlich sind (s.u. 4.).

1. Vor-Fragen und Prämissen des „Wie?“

Darüber nachzudenken, wie eine Postwachstumsgesellschaft Realität werden könnte, berührt drei Fragen, die nicht unabhängig voneinander zu beantworten sind. Der „Wie-Frage“ im engeren, prozessualen Sinne als Suche nach Modi, Prozessen, Projekten, Strategien, Akteuren etc. des Übergangs zu PW sind zwei Problemkreise vorgelagert.

(a) *Warum* ist ein solcher Pfadwechsel überhaupt *erstrebenswert*, welche Gründe sprechen gegen ein weiteres Fortschreiten auf dem gegenwärtigen Entwicklungspfad? Darauf gibt es bekanntlich verschiedene Antworten (ausführlicher dazu Adler 2015b), die einander nicht ausschließen und hier nur grob angedeutet werden können:

- Schlimme(re)s verhindern, wobei zumeist die ökologischen Risiken oder Katastrophen und ihre möglichen global-sozialen Nebenwirkungen im Vordergrund stehen.
- Bewahrenswertes – vor allem zivilisatorische Errungenschaften der Moderne (Gewaltenteilung, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, hohe Lebenserwartung etc.) – erhalten, das durch „Kippunkte“ auf diesem expansiven Pfad, deren (Neben-)Folgen und (z.B. autoritären) Reaktionen darauf gefährdet ist.

¹ Natürlich ist die Unterscheidung zwischen Inhalt und Prozess relativ. So können z.B. strukturelle Reformen substanzielles Moment einer neuen Regulationsweise sein, zugleich aber ein Schritt in einem längeren gesellschaftlichen Transformationsprozess.

- Soziale Stabilität², Wohlstand, ein gutes, selbstbestimmtes Leben für alle, wachstumsunabhängig gesellschaftlich definieren und durch demokratische Gestaltbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse praktisch ermöglichen. Denn Wachstumsfixiertheit geht einher mit (Steigerungs-)Dynamiken, sozial konstruierten Knappheiten (Skidelsky 2013), hegemonialen Konzepten von Wohlstand und Fortschritt etc., die eine Transformation von Produktivität in Muße, „Resonanzerfahrungen“ (Rosa 2013) und andere Lebensqualitäten systemisch verhindern, stattdessen diverse „Hamsterräder und Tretmühlen“ (Binswanger 2013) des „nie genug“ erzeugen.

- An das Unvermeidliche anpassen, also an ohnehin in den früh industrialisierten Ländern aus schwer revidierbaren Gründen sinkende Wachstumsraten, ein Ansatz, der von M. Miegel (2009) wert- und sozialkonservativ ausbuchstabiert wird.

Ein zweiter Aspekt der Warum-Frage bezieht sich auf analytisch konstatierbare Gründe dafür, weshalb die problematisierten Risiken bzw. verhinderten Chancen dem „Wachstum“ immanent sind. Antworten darauf sind auch davon abhängig, wie „Wachstum“ konzeptualisiert und problematisiert wird. Um hier nur die Spannweite anzudeuten: sind es primär ökologische Risiken von Wachstum unter den gegenwärtigen Bedingungen eines inkonsistenten industriellen Metabolismus und deren mögliche zivilisatorischen Folgen oder liegt das Problem eher in einer gesellschaftlichen Verfasstheit, die Wachstum, Beschleunigung, Innovation etc. für ihre dynamische Stabilisierung benötigt?

Unterschiedlich beantwortet wird auch die Frage, wo die „tieferen“ Ursachen für Wachstumsrisiken, -zwänge, -treiber, -abhängigkeiten zu verorten wären. Sind es übergreifende anthropologische Merkmale (z.B. Vergleichen, Wetteifern, Bedürfnisdynamiken etc.), sind es allgemeine Charakteristika der Moderne und ihrer Steigerungslogiken oder speziell der neoliberal geprägten kapitalistischen Spätmoderne (Universalisierung des Wettbewerbs etc.) oder - wozu ich neige- sind es deren Kombinationen bzw. Zusammenwirken.

(b) Wie solche Warum-Fragen beantwortet werden, beeinflusst die Diagnose des „Veränderungsbedarfs“, also des *Inhalts* dieses Wandels, was sich gegenüber den jetzigen Verhältnissen verändern sollte, wie tief und umfassend der Einschnitt antizipiert wird. Dabei lassen sich in der wachstumskritischen Debatte grob vier Stufen unterscheiden, wobei die ersten drei zugleich als Schritte oder Momente des komplexesten vierten – auch von mir geteilten – Ansatzes verstanden werden können.

1. Wachstumsskeptische radikale ökologische Modernisierung³: „Wachstum“ wird hier primär als ökologisches Problem eines inkonsistenten industriellen Stoffwechsels gesehen, das durch eine energetisch-stofflich geschlossene (abfallfreie) Kreislaufwirtschaft, ev. auch mit gedämpften Wachstumsraten (Jänicke 2011) zu lösen ist. Um auf einen solchen ökologisch modernisierten Pfad „nachhaltigen Wachstums“ einzuschwenken, bedarf es – neben einem Vertrauen in künftige technische Fortschritte und in Steuerungskapazitäten – gewisser Modifikationen (Umweltinnovationen) in

² Der fragil-dilemmatische, weil wachstumsabhängige Stabilitätsmodus kapitalistisch geprägter Gesellschaften wird mitunter als „Fahrradstabilität“ (Schmelzer/Passadakis 2011) bezeichnet: sozioökonomische Krisen, „Abwärtsspiralen“ bei ausbleibendem bzw. „unzureichendem“ Wirtschaftswachstum oder verschärfte ökologische Krisen durch Wachstum.

³ Dabei handelt es sich um einen „Grenzfall“ zwischen ökologischer Modernisierung und Wachstumskritik im strikten Sinne.

gesellschaftlichen Regulierungen (z.B. Steuern und Anreize), jedoch keiner Veränderungen in den gesellschaftlichen Basisinstitutionen.

2. Sozial abgefedertes, ökologisch und ethisch selektives Wachsen und Schrumpfen (z.B. fossile Energien, spekulative Finanzindustrie, Rüstungsproduktion, Werbung) volkswirtschaftlicher Sektoren bzw. gesellschaftlicher Bereiche: Für einen solchen sozialökologischen Umbau der Wirtschaftsstruktur (Krämer 2010) – etwa in Richtung einer ökologischen Dienstleistungsgesellschaft – sind zwar tiefere Eingriffe in die gegenwärtige Reproduktions- und Regulationsweise und ihre Machtstrukturen notwendig, hauptsächlich wesentliche Schritte zu einer Wirtschaftsdemokratie, einer gerechteren Verteilungsweise, sozialen Sicherheiten, Rahmenplanung. Eine Transformation zu einer *PW-Gesellschaft* mit einem alternativen Wohlstandskonzept ist hierfür in diesen Ansätzen nicht vorgesehen und wohl auch nicht in deren Rahmen zwingend notwendig.

3. Andere Ansätze fokussieren spezifisch-kapitalistische Wachstumsmotoren (Akkumulationszwang und Profitorientierung, grenzenlose kapitalistische Globalisierung und Naturbeherrschung, intransparent-verselbständigte Finanzsphäre, universelle Konkurrenz etc.), die gesellschaftlich-regulativ eingeehgt, umgelenkt oder stillgelegt werden sollen, vor allem durch öffentlich-demokratische Kontrolle über den Reproduktionsprozess (u.a. Altvater 2013). Angezielt wird eine solidarische Ökonomie als institutionell transformierte Wirtschaftsweise oder eine von unten durch Lebensstil-Avantgardisten entstehende Postwachstums- Parallelökonomie (Paech 2012). Ausgeblendet oder offen bleibt hier zumeist, ob und inwiefern auch allgemeinere Strukturen, kulturelle „Tiefengrundierungen“ (z.B. Produktivismus und Ökonomismus, Naturbeherrschung) und „mentale Infrastrukturen“ (Welzer 2011) der industriegesellschaftlichen Moderne zu verändern sind (Latouche 2015, Muraca 2014).

4. Diese sind Gegenstand und Inhalt einer umfassend (kultur-, modernetheoretisch, feministisch etc.) begründeten *PW-Transformation*, die damit als gesamtgesellschaftlicher, alle Bereiche betreffender, epochaler Bruch konzipiert wird. „Wachstum“ steht hier für ein übergreifendes Merkmal (Steigerungsdynamik) der autodynamischen Reproduktionsweise (Dörre et al 2009) spätmoderner kapitalistischer Gesellschaften, ihrer Kultur und „imperialen Lebensweisen“ (Brand/Wissen 2011), ihres Wohlstands- und Fortschrittsverständnisses.

Dieser wachstumsabhängige Stabilitäts- und Entwicklungsmodus könnte – so meine spekulative Zeitdiagnose – in der gegenwärtigen neoliberal-kapitalistischen Spätmoderne einen Umschlagspunkt erreicht haben: Ein Entwicklungspfad, der mit der westlichen Moderne begann, in der industriell-kapitalistischen Revolution und mit der Nutzung fossiler Energiequellen seinen Aufschwung nahm, kommt in den früh industrialisierten Ländern in einem längeren, konfliktreichen Ausklang an sein Ende. Ein zivilisatorisches Erfolgsmodell hat seine „historische Mission“ erfüllt: Durch produktivistisch-expansionistische Naturbeherrschung und Produktivkraftentwicklung schuf es Voraussetzungen, um Menschen von ihrer Subordination unter Naturgewalten und borniert-gemeinschaftliche Sozialbeziehungen zu befreien, um Grundbedürfnisse für alle zu sichern und zugleich eine Hochkultur hervorzubringen. Aber diese und andere zivilisatorischen Errungenschaften sind durch die akkumulierten Nebenfolgen und „Kehrseiten“ weiteren „Fortschreitens“ auf diesem Pfad bedroht.

Damit öffnet sich für unbestimmte Dauer ein Möglichkeitsfenster für einen Entwicklungsraum, in dem universelle menschliche (Fähigkeits-)Entwicklung als Selbstzweck gilt. Dies ist zugleich ein Kampffeld um sehr unterschiedliche Zukünfte. Eine emanzipatorische PWG ist *eine* der umkämpften realen Möglichkeiten. Sie entspricht Visionen großer Ökonomen und Denker – J. St. Mill, K. Marx, J. M. Keynes. Sie alle – selbst A. Smith – gingen davon aus und hatten den Traum, dass die Entfesselung der Produktivkräfte ein Durchgangsstadium ist (Skidelsky 2013), nicht das letzte Wort menschlicher Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund nunmehr die Frage: Wie können wir auf demokratische Weise von einer in Breite und Tiefe weiterhin expandierenden globalisierten Wachstumswirtschaft und -kultur zu einer Postwachstumsgesellschaft kommen?

2. Unüberwindliche Widersprüche eines demokratischen Übergangs?

Dieser Übergang enthält eine Reihe schier unauflöslich anmutender Widersprüche. Eindeutige Antworten und Auswege sehe ich nicht. Aber Ansatzpunkte können benannt werden, die einen solchen Übergang zumindest denkmöglich machen als einen Prozess, der mehr ist als eine voluntaristische Wunschvorstellung.

Mehrheiten für das radikal Neue unter Hegemonie des Alten?

Zwischen der deklarierten epochalen Dimension einer PW-Transformation und der überschaubaren Schar der sich gegenwärtig dafür engagierenden avantgardistischen, in ihren Positionen heterogenen Akteure (s.u. 3.) klafft eine erhebliche Diskrepanz. Um jedoch Mehrheiten für einen solchen demokratisch zu beschreitenden Entwicklungspfad zu gewinnen, muss ihnen dieser attraktiv erscheinen, ein „besseres Leben“ verheißen. Aber die herrschenden Maßstäbe für Attraktivität sind durch die aktuell hegemonialen („konsumistischen“ etc.) Vorstellungen von Wohlstand, Fortschritt etc. vorgegeben. Warum also sollten „kritische Massen“ anderes wollen als eine relative Verbesserung im Rahmen der gegebenen Normen?

Zunächst einmal ist strittig, ob gleich zu Beginn einer solchen Transformation Mehrheiten erforderlich sind. Auch eine „Pro-PW-Minderheit“ von 3-5% der Bevölkerung, die in allen wesentlichen Gesellschaftsbereichen und -schichten verankert und gut vernetzt ist, könnte eventuell – so Welzer (2013, 285f.) – erste Reformschritte in Richtung PWG einleiten. So könnten suffizienzfreundliche Infrastrukturen (Schneidewind/Zahrnt 2013) für Mobilität, Wohnen, Ernährung etc. die Akzeptanz und Diffusion PW-kompatibler Lebensstile und damit auch die soziale Basis für eine PW-Transformation verbreitern. Darüber hinaus gibt es andere Wege (s.u. 4.), um aus einer Minderheiten-Position heraus Normen und Konstellationen zu verändern. Die allgemeine Möglichkeit dazu ist in Rissen und Widersprüchen spätmodern-kapitalistischer Entwicklung angelegt, die z.T. quer zu den traditionellen Verteilungskonflikten situiert sind.

Normen verändernde „Durchbrüche“ werden jedoch vermutlich nur durch herausragende Ereignisse möglich. Bei manchen sind dies auch Katastrophen, Krisen, der ökonomische Kollaps. Ob sie

emanzipatorisch-transformativ wirken, ist jedoch stark abhängig vom kulturellen Umfeld und den Akteurskonstellationen, auf die sie treffen und die sie progressiv „verarbeiten“. Generell scheinen mir Reformen und andere Schritte in Richtung PWG wahrscheinlicher in Ländern mit (noch) relativ hohen Standards sozialer Rechte, einer starken Zivilgesellschaft und Umweltbewegung, einer egalitären und partizipativen Kultur, einer „funktionierenden“ und loyalen Verwaltung etc., wie dies z.B. vor allem in den skandinavischen Ländern und z. T. auch (noch) in Deutschland der Fall ist. Schwieriger scheint mir dies unter Bedingungen anhaltender sozialer Krisen mit Massenarbeitslosigkeit und Verelendungstendenzen. Das fokussiert die Energien von Akteuren auf elementare soziale Fragen und oft auch auf den Wunsch nach Rückkehr zum „besseren Alten“. Ein wenig PW-transformationsfreundliches Umfeld bieten m. E. auch Länder mit einer ausgeprägt individualistisch-meritokratischen, deshalb auch Ungleichheiten stärker akzeptierenden produktivistischen Kultur, gekoppelt mit imperial-missionarischen Überlegenheits- und Sendungsbewusstsein (z.B. USA). Aber das ist spekulativ. Vielleicht gehen andere Länder nur andere Wege. Das bedarf genauerer Untersuchungen, ebenso die Frage, inwiefern überhaupt einzelne Länder oder Regionen angesichts der globalen Vernetzungen und Regelungen aus wachstums- und konkurrenzgesellschaftlichen Zwängen ausscheren können.

Auf friedlich-demokratischen Wegen Elitenmacht überwinden?

Der Übergang zu einer PWG ist mit egalitären Umverteilungen von Einkommen, Vermögen, Macht verbunden, dies tendenziell weniger aus Zuwächsen, sondern „aus der Substanz“. Bekanntlich aber werden selbst unter Wachstumsbedingungen kleinste Privilegien-Vorsprünge zäh verteidigt. Warum also sollten Eliten in einem friedlich-demokratischen Umbruch freiwillig verzichten? Und wie können dann Teile der von egalitären Umverteilungen betroffenen Eliten und Mittelschichten als Verbündete gewonnen werden?

Auch dies bleibt eine offene Frage. Aber es gibt zumindest Anhaltspunkte für eine optimistische Antwort. Die herrschenden Eliten sind weder strukturell, noch hinsichtlich ihrer Interessenlagen, Werten oder politischen Philosophien ein monolithischer Block. Als Individuen bleiben auch sie zudem nicht vom lebensweltlich-sozialen Leiden an Phänomenen der „Totalisierung des Wettbewerbs“ (Rosa 2013) verschont. Beides bietet Anknüpfungspunkte für interne Differenzierungsprozesse und eröffnet Chancen für unorthodoxe Pro-PW-Allianzen. Weitsichtigere Teile der konservativen intellektuellen Eliten entwickeln Zukunftsvisionen, auch als Medium der Selbstverständigung über Erfordernisse künftigen Machterhalts unter Bedingungen ausbleibenden Wachstums. So ist Miegels (2009) PW-Vision sozial- und wertkonservativ (Kritisch: Adler/Schachtschneider 2012), auch wenn er die ökonomischen Eliten vor weiteren Exzessen der Selbstbereicherung warnt und generell eine Vorbildfunktion der Eliten anmahnt. Zugleich aber ist seine prinzipielle Kritik an einem wachstumsbasierten Fortschrittsverständnis ein Beitrag zur delegitimierenden Enthegemonialisierung von „Wachstum“, speziell in bürgerlich-wertkonservativen Milieus, den keiner seiner linken Kritiker leisten könnte. Sie steht in scharfem

Gegensatz zur Wachstumsapologetik, etwa von Paqué (2010). Dies nur als ein Beispiel für ambivalente Elitendifferenzierung.

In gravierenden Entscheidungssituationen kann sie auch progressiv beeinflusst werden durch politische Kämpfe oder intellektuell aufgeklärte und mobilisierungsfähige Milieus der gesellschaftlichen Mitte, mit denen die Machteliten vielfältig vernetzt sind. Hierbei spielen auch akademisch-wissenschaftliche Zeitdiagnosen eine Rolle, deren kritischer Gehalt sich verschärft (WBGU 2011, Rockström 2009). Für Lernfähigkeit, Kompromiss- und Anpassungsbereitschaft von Teilen der Eliten und deren Konfliktfähigkeit mit anderen Machtblöcken – befördert durch politischen und intellektuell-aufklärerischen Druck und das Interesse an Machterhalt – gibt es historische Beispiele, wie etwa den Übergang zum New Deal in den USA der 1930er Jahre (Klein 2015), allerdings ebenso für das Gegenteil.

Schrumpfen vs. Umbau-Ressourcen?

Aus einer radikal ökologischen oder auch kulturkritisch-antikonsumistischen und antiproduktivistischen Sicht kann man sich den Übergang zu PW – insbesondere das Einschwenken auf einen Pfad ökologisch nachhaltigen Stoffwechsels mit der Natur und den Ausstieg aus den Hamsterrädern von „Wachstums-Beschleunigungs-Mechanismen“ etc. – vorstellen als Reduktion, als *Abbau*, als die berühmten vier E's von Wolfgang Sachs (1993). Der „einfachste“ und direkteste Weg ist dann die drastische Reduktion von Erwerbsarbeitszeit (um 30 bis 50%) bei zumindest teilweisen Lohnausgleich für die unteren Einkommensgruppen.

So wichtig es ist, Reduktion als kulturellen Wert positiv zu verankern (Sommer/Welzer 2014), nicht zuletzt auch als praktizierten Lebensstil, so sind diesem Ausstiegsmodus jedoch als Massenphänomen sozial-kulturelle Grenzen gesetzt. Bedingungen für eine breitere Akzeptanz entstehen erst im Zuge der Transformation. Problematisch ist die Fokussierung auf diesen Pfad aber auch, wenn man ihn im Kontext mit anderen Zielen und Bedingungen einer PW-Transformation und den dafür erforderlichen Ressourcen sieht⁴.

Realistischer erscheint mir ein Weg, der – auch progressive Ideen einer ökologischen Modernisierung oder eines Green New Deal aufgreifend – zunächst den sozialökologischen *Umbau* priorisiert gegenüber Abbau, Reduktion, Schrumpfen. Allerdings ist auch dieser Einstiegspfad eine Gratwanderung zwischen Wachstumsrücknahme und Ressourcenbedarf. Denn nicht nur die Investitionen für neue ökologisch konsistente und konviviale Technologien und Produkte, für den Ausbau des Öffentlichen, der Sorgeökonomie etc. sind aufwändig. Auch der sozial verträgliche Rückbau von ethisch und/oder ökologisch besonders problematischen Bereichen (Rüstung, Werbung, spekulative Finanzindustrie, fossile Energieerzeugung, Massentierhaltung, Automobilproduktion etc.) ist nicht zum ökonomischen und ökologischen Nulltarif zu haben, allein schon weil es sich dabei oft um

⁴ Ott (2011) bezeichnet diesen Pfad bzw. eine Variante davon deshalb als „konsumtiv“.

hochqualifizierte, gut bezahlte Belegschaften handelt. Aber auch der ökologisch verträgliche physische Rückbau ist aufwändig, wenn auch nicht immer so extrem wie im Falle von AKW.

Die dafür erforderlichen verteilbaren finanziellen und materiellen Ressourcen müssen unter „erschwerenden“ Bedingungen eines PW-Übergangs erwirtschaftet werden (Arbeitszeitreduktionen mit entsprechend niedrigerem Steueraufkommen, Ausbau öffentlicher Infrastrukturen inkl. Sorgeökonomie, gedrosselte „Wachstumsmotoren“, Ungleichheit und Konkurrenz, faire Preise im Austausch mit dem globalen Süden etc.). All dem stehen zwar Ersparnisse durch den o.g. Rückbau von Branchen gegenüber, die in einer Postwachstumsökonomie (PWÖ) nicht gebraucht werden, auch durch den Wegfall psycho-sozialer, gesundheitlicher und anderer Kollateralschäden einer Konkurrenz- und Wachstumsgesellschaft. Aber das Verhältnis von Schrumpfen und ökologisch nachhaltigem Investieren sowie das Finden neuer Stabilitäten bleibt ein schwieriges Spannungsfeld unterschiedlicher Ziele, Prinzipien und Bedingungen, das auch neue Regulierungsformen verlangt, wie etwa ein Zusammenwirken von Rahmenplanungen mit Marktmechanismen und Beteiligungsformen auf verschiedenen Ebenen.

Disruptiv, weil radikal-tiefgreifender Wandel?

„Disruptiv“, Bruch etc. klingt angesichts der qualitativen Dimensionen eines PW-Wandels zunächst plausibel. Und ganz ohne Umbrüche und soziale Abstürze wird es wohl auch nicht gehen, denkt man z. B. an die spekulativen Bereiche des Finanzsektors und die Inhaber der dort angehäuften Vermögen. Aber schaut man sich die konkreten Transformationsvorschläge genauer an, so trifft man auf erstaunlich viele gradualistische Verben: einhegen, einbetten, abbauen, zurückdrängen, einschränken. Markt, Privateigentum an Produktionsmitteln, Unternehmertum werden kaum generell in Frage gestellt. „Stärkere“ Verben werden eher dann gebraucht, wenn es um einzelne Instrumente geht (z.B. falsche Anreize, Subventionen beseitigen). Oder aber es werden größere Veränderungen bilanziert (Macht oder Dominanz von Großkapital, Profitstreben... brechen), die jedoch das Ergebnis vieler „kleiner“⁵ Schritte oder Reformen sein könnten und in ihrer Gesamtheit dann vielleicht die von manchen gesuchte „Axt an der Wurzel des Kapitalverhältnisses“ darstellen⁶. Ähnlich ist auch eine PW-Transformation insgesamt, der Prozess des Richtungswandels vorstellbar – als Resultante eines gradualistischen Prozesses, vieler kleiner Schritte, die jedoch in die *gleiche* Richtung weisen und wirken.

„Disruptiv“ meint zuweilen auch eine erwünschte Beschleunigung des Wandels, weil „uns die Zeit davon läuft“, wegen der erreichten Nähe zu ökologischen Kippunkten, steigender Reparatur- und Anpassungskosten des Klimawandels etc. Aber diese Möglichkeiten sind begrenzt durch das – maßgeblich vom Generationenwechsel bestimmte – Zeitmaß sozio-kulturellen Wandels in den (produktivistisch-ökonomistischen) Normen, Maßstäben, die seit der industriellen Moderne zur

⁵ Welche Veränderungen „groß“ oder „klein“ sind, ob Reformen transformativ oder systemstabilisierend wirken, lässt sich ohnehin oft erst im historischen Rückblick beurteilen.

⁶ Etwas hegelianisch verquast könnte man vielleicht sagen: da die Erscheinung wesentlich ist und das Wesen erscheint, ist es auch möglich, das wesentliche Verhältnis aufzuheben, indem seine wesentlichen Erscheinungsformen verändert werden, anknüpfend an den immanenten Widersprüchen.

unhinterfragten „mentalen Grundausstattung“ gehören. Vielleicht sind im Einzelnen gezielte, beschleunigende Kampagnen möglich⁷. Wird jedoch die Bereitschaft und Fähigkeit zu sozio-kulturellem Wandel überfordert, besteht die Gefahr eines ungewollten „disruptiven“ Rückschlags, der wesentliche Ergebnisse von Transformationen konterkariert.

Egalitäre Umverteilung vs. Allianzen?

Dass Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen auf dem Weg in eine PWG spürbar abzubauen sind, ist unbestritten im PW-Diskurs, ansatzweise auch für Sozialkonservative wie M. Miegel (2009). Eine PWG kann als „Gesellschaft der radikalen materiellen Umverteilung“ charakterisiert werden (Lessenich 2014, 15). Dafür gibt es neben emanzipatorischen, auch funktionale Gründe: Vorgehen besser verdienender Schichten als „vertrauensbildende Maßnahme“, Drosselung diverser Wachstumsmotoren (Vermögensakkumulation, Statuskonsum), Finanzierung von Umbau-Investitionen und sozialstaatlicher Leistungen unter Bedingungen reduzierter Zuwächse, Entwicklung einer nichtmonetären Anerkennungskultur etc. Das Spektrum der dafür erwogenen Schritte und Instrumente reicht von diversen Einkommens-, Vermögens-, Konsumsteuerreformen, Maximal- und Minimaleinkommen, einem mehr oder weniger bedingungslosen Grundeinkommen, der Reduktion und Umverteilung von Erwerbsarbeitszeit bis hin zum Abbau der Vermögensungleichheiten und Staatsschulden nach Vorbild des Lastenausgleichs in Westdeutschland nach dem 2. Weltkrieg.

Diese Vorschläge implizieren – ebenso die o.g. Finanzierungsquellen für sozialökologische Umstrukturierungen – enorme Umverteilungen. Dafür wird es nicht ausreichen, „vermögensbesitzenden, steuerabschreibenden, Höchstrenten beziehenden Milieus“ (ebd.) die wohlfahrtsstaatlichen Privilegierungen zu nehmen. Vermutlich werden auch Gruppen der Mittelschichten betroffen sein, deren Akzeptanz und aktives Engagement für eine PW-Transformation jedoch unverzichtbar ist. Sie haben zwar nichtmonetäre Gewinne im Übergang zu PW. Aber ob das allein reichen wird, um große Teile als Allianzpartner zu erhalten, bleibt fraglich.

Komplexität des Wandels: pro oder contra bewusste Steuerung?

„Komplex“ ist eine PW-Transformation nicht nur durch ihren „Inhalt“, also den Umfang und das Ausmaß der vom Wandel betroffenen Dimensionen, sondern auch, – wie die o.g. Beispiele illustrieren – weil der Prozess selbst einem Bündel miteinander verknäuelter Widersprüche ähnelt. Bewusste Steuerung im klassischen Sinne – gar durch ein vorausschauend-planendes, übergreifende Gesamtinteressen verkörperndes Subjekt – ist deshalb ebenso wenig vorstellbar, wie das direkte Gegenteil davon, der „Selbstlauf“. Angemessen scheint mir eher eine gradualistisches, tastend Richtungssicherheit anstrebendes, Unvorhergesehenes und Rückschläge, Kompromisse, Umwege berücksichtigendes Verständnis von „bewusster“ Gestaltung.

⁷ Nach Stengel (2012) ist im Ergebnis einer gezielten Kampagne von 10 bis 15 Jahren „Fast Food“ in den USA in den 1930er Jahren vom Arme-Leute-Essen zum Symbol von Modernität avanciert.

Ansatzpunkte, um strukturelle und prozessuale Komplexität zwecks transformativer Gestaltbarkeit zu reduzieren, sehe ich u. a. in Folgendem:

1. Ein phasenweises Vorgehen, das sowohl Gleichzeitigkeit und Ungleichzeitigkeit von Prozessen gezielt nutzt. Parallelität wäre z.B. anzustreben zwischen institutioneller Transformation und kultureller Selbsttransformation der transformierenden Akteure, was vor allem geeignete demokratische Praxisformen voraussetzt. Asynchronität könnte bedeuten, dass ressourcenintensive Umstrukturierungen in den (Infra-)Strukturen von Produktion und Alltag, die zudem mental gut anschlussfähig sind, die Lebenslage vieler verbessern, Allianzchancen erweitern, eher am Beginn einer Periode von PW-Transformationen stehen sollten.
2. Entlastung durch eine gleichberechtigte Vielfalt von Wegen in eine ökologisch nachhaltige PWG. Im wissenschaftlichen Diskurs mag es legitim sein, die spezifischen Transformationspotentiale eines bestimmten Pfades exzessiv herauszustellen, so dass er als allein ausreichend erscheinen kann: der technische Weg durch Öko-Effizienz und -Konsistenz etc., der kulturelle Weg durch nachhaltig-reduktive Lebensstile, der politisch-reformerische Ansatz durch den Umbau von Institutionen, Anreizen etc. oder der konflikthaft erkämpfte Bruch. Aber es gibt gute Gründe anzunehmen, dass praktisch jeder einzelne überfordert wäre, eine PW-Transformation zu bewältigen und es realistischer ist, von sich ergänzenden Übergängen auszugehen, die sich damit auch wechselseitig von der „Hauptlast“ der Gestaltung des Wandels befreien.
3. „Friedliche Koexistenz“ von vielfältigen Lebensformen und Vergemeinschaftungen ermöglichen. Gerade in einer stark von basisdemokratisch geprägten Umgestaltungsprozessen geprägten PW-Übergangsgesellschaft kann hoher Abstimmungsbedarf mit entsprechenden Frustrations- und Konfliktpotenzialen entstehen. Entspannend könnte hier ein Gesellschaftskonzept wirken, das – innerhalb eines verbindlichen Rahmens elementarer Normen – eine Vielfalt sich gegenseitig respektierender Lebensstile und Formen des Zusammenlebens⁸ ermöglicht und den Wechsel zwischen ihnen erleichtert. Das könnten z.B. unterschiedliche Mischungsverhältnisse zwischen verschiedenen Arten von „Arbeit“ (Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Muße, Gemeinwesenarbeit), von Formen der Selbstorganisation und Entscheidungsfindung, der „Radikalität“ einer ökologisch-reduktiven Lebensführung sein. Sie bereichern auch als biographische Passagen oder Stationen Optionenvielfalt in *wesentlichen* Lebensbereichen.
4. Wissenschaftliches Modellieren, Experimentieren, Analysieren bietet Möglichkeiten, um Unwägbarkeiten und Risiken im Gegenwärtigen und Künftigen zu verringern. In Nischen oder unter „Laborbedingungen“ Erprobtes kann auf seine Relevanz, Lebensfähigkeit, Nebenwirkungen in größeren Maßstäben modellhaft „hochskaliert“ und geprüft werden. Auch könnten im Laufe der Geschichte auf Grund der herrschenden Rationalität und Verhältnisse „verworfen“ Ideen, Prinzipien, Praktiken Anregungspotenzial für die Gestaltung einer PWG sein.

⁸ Dieser Ansatz wird in nuce z.B. innerhalb des Ökodorfes SiebenLinden in Form unterschiedlicher (Wohn-) Gemeinschaften praktiziert.

PW-Transformation historisch beispiellos?

Welche Vergleiche aus der Geschichte auch bemüht werden, um die Dimensionalität einer PW- (oder Neuen/Großen/Gesellschafts-) Transformation zu veranschaulichen, sie „hinken“ stets in wesentlichen Merkmalen. Entspricht der Vergleichsfall in etwa dem Ausmaß des Umbruchs, so trifft das Merkmal „intendiert“ nicht zu. Ist aber „intendiert“ oder annäherungsweise auch „gesteuert“ zutreffend, so handelt es sich eher um einen imitativen⁹ oder nachholend modernisierenden Prozess¹⁰.

Oft wird die Tiefe des Pfadwechsels zu einer PWG verglichen mit solchen zivilisatorischen Einschnitten wie es die neolithische Revolution oder der Übergang in die Moderne oder die Durchsetzung des Kapitalismus mit der industriellen Revolution war. Diese Zäsuren waren zwar nicht voraussetzungslos-zufällig, aber auch nicht Ergebnis intendierten Handelns. Ein Übergang zu einer PWG ist jedoch schwerlich vorstellbar als ein Prozess, der sich hinter den Rücken der Akteure vollzieht, als kumulatives Resultat von Handlungen, Ereignissen etc. Ebenso unwahrscheinlich ist allerdings die bewusste Steuerung eines solchen komplexen Prozesses „nach Plan“. Historische Umwälzungen, die diesem Modus nahe kommen, deren maßgeblichen Akteure sich an einem real existierenden (wie etwa die postsozialistischen Transformationen) oder ideellen Modell (wie z.B. in der russischen Oktoberrevolution) orientierten, waren entweder nicht so tiefgreifend, eher beschleunigend-nachholende Modernisierungen oder aber ihre Resultate divergierten stark von den ursprünglich proklamierten Zielen (wie etwa bei der Oktoberrevolution, womit ihr keineswegs historische Legitimität abgesprochen werden soll).

Dennoch können historisch vergleichende Transformations- bzw. Umbruchsanalysen durchaus auch mit Blick auf eine PW-Transformation heuristisch anregend sein, wenn man sich von der Ebene des „Gesamtereignisses“ hinwegbewegt und spezielle Aspekte, Prozesse z.B. danach befragt, wie und warum sich an historischen Wendepunkten Eliten ausdifferenziert haben, unter welchen Bedingungen unvermeidliche „Durststrecken“ beim Übergang zu neuen Formationen nicht zu Abbrüchen und Regressionen führten, welche Zukunftserwartungen oder „heroischen Illusionen“ (Marx) dies ermöglichten...

Im Folgenden möchte ich zwei prozessuale Aspekte einer PW-Transformation näher betrachten: Welche Akteure engagieren sich für einen solchen Übergang und welche Wege bzw. Strategien werden dabei präferiert und diskutiert?

⁹ Zum Terminus der „imitativen Transformation“ oder des „imitativen“ in Transformationsprozessen vgl. Kollmorgen et al 2015.

¹⁰ Dies allerdings mit wesentlichen nichtintendierten welthistorischen Nebenfolgen. Die auch durch den Untergang des Realsozialismus begünstigte Entfesselung kapitalistischer Marktkräfte und die Konfrontation der kapitalistischen Moderne mit sich selbst und ihren Nebenfolgen sind m. E. ein Auslöser für die neue Welle systemischer (Wachstums-, Kapitalismus-, Spätmoderne-) Kritik, die wiederum als ein Indiz für ein sich öffnendes historisch-epochales Zeitfenster gedeutet werden kann.

3. Protagonisten und Akteure in Diskurs...

Im PW-Diskurs tritt ein breites Spektrum von AutorInnen und ProtagonistInnen mit unterschiedlichen theoretischen oder politisch-philosophischen Positionen hervor. Dazu gehören in erster Linie WissenschaftlerInnen, die maßgeblich die gegenwärtige, bereits vor der multiplen Krise von 2007/8ff. einsetzende Welle der Wachstumskritik initiiert haben. Hier schließe ich auch jene (neomarxistisch, feministisch, regulationstheoretisch etc. orientierten) Autoren ein, für die „Wachstum“ zwar keine zentrale theoretische Kategorie (z.B. Altvater 2011, 2013) ist, deren Konzepte jedoch auf radikal-kritische Alternativen zu kapitalistischen Akkumulations- und Wachstumsimperativen und ihren diversen Herrschaftsformen hinauslaufen. Sie verorten sich z. T. nunmehr in „kritisch-solidarischer“ Nähe zur Wachstumskritik oder als eine ihrer Strömungen. Dies ist zugleich ein Indiz für die Dynamik des Postwachstums-Diskurses, dessen interne Vielfalt der Sichten auf Ursachen, Alternativen, Übergangsstrategien sich damit erweitert.

Eine weitere Gruppierung bilden Organisationen und Initiativen, die sich bereits im Ergebnis des jüngsten wachstumskritischen Schubs gegründet (Konzeptwerk Neue Ökonomie, Förderverein Wachstumswende u.v.a.m.) oder konzeptionell (um)orientiert haben (z.B. die Vereinigung Ökologische Ökonomie - VÖÖ). Sie waren maßgebliche Initiatoren und Träger des 4. Internationalen Degrowth-Kongresses in Leipzig. Hier ist vor allem die junge Generation von kritischen AkademikerInnen vertreten.

Auch ein beträchtlicher Teil der AktivistInnen in ökologischen, globalisierungskritischen, internationalistischen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich programmatisch auf (starke) „Nachhaltigkeit“ und „sozialökologische Transformation“ beziehen, vertritt Positionen pro „PW-Wende“. „Attac“ steht hier exemplarisch für einen kollektiven Erkenntnisprozess, den Teile der Anhängerschaft durchlaufen haben. Aber auch auf anderen Themen- und Konfliktfeldern agierende kulturell-lebensweltlich oder politisch-aktivistisch ausgerichtete linke bzw. antikapitalistische Gruppen, verorten sich z. T. unter dem Label „PW“ bzw. interpretieren es positiv in ihrem Sinne.

Des Weiteren gibt es nach meinen Beobachtungen in fast allen Parteien, ihren Stiftungen und Jugendorganisationen, in Gewerkschaften, Glaubensgemeinschaften etc. Minderheiten oder QuerdenkerInnen, die PW-Positionen teilen oder ihnen nahestehen.

Unter dem thematischen Dach „PW“ debattieren ProtagonistInnen eines breiten Spektrums wichtiger, sehr unterschiedlicher theoretischer oder politisch-philosophischer Richtungen. Der wesentliche gemeinsame Nenner ihrer Wachstumskritik: der Wachstumsimperativ bzw. das BIP-Wachstum werden als ein prioritäres gesellschaftspolitisches Ziel bzw. Fortschrittskriterium für die sog. reichen oder früh industrialisierten Länder abgelehnt bzw. für nicht weiter fortsetzbar, praktikabel oder wünschenswert deklariert. Die Begründungen dafür sind zwar recht unterschiedlich, auch die Alternativentwürfe, allerdings zumeist innerhalb eines Kernbestands weitgehend geteilter PW-Visionen (Adler 2015a). (Die konservative Alternative von M. Miegel (2009) ist eher abseitig in der Debatte.) Aber gerade auch ihre interne Vielfalt kann Wachstumskritik/PW – wenn auch zunächst als Minderheitenposition innerhalb etablierter „Strömungen“ – diffusions- und anschlussfähig machen.

... und einer entstehenden Degrowth-Bewegung?

Über den wissenschaftlich-publizistischen Diskurs hinaus gibt es Anzeichen für eine sich nunmehr auch in Deutschland formierende PW- bzw. Degrowth-Bewegung. Dass es eine politisierte PW-Szene gibt, deutete sich bereits 2011 an, als der maßgeblich von Attac getragene Kongress „Jenseits des Wachstums?!“ (Berlin, 20.-22.5.11) über 2.500 vorwiegend junge Menschen anzog. Bestätigt wurde dies durch die internationale Degrowth-Konferenz in Leipzig (2.-6.9.2014) mit über 3.000 Teilnehmenden. Die Analyse einer Teilnehmerbefragung (mit 841 Teilnehmerinnen und Teilnehmern) zeigte, dass man auch hierzulande von einer (entstehenden) Degrowth-Bewegung sprechen kann, die „durch eine in Kernpunkten kohärente geteilte Weltsicht zusammengehalten“ wird (Eversberg/Schmelzer 2015, 4)¹¹.

Diese These stützt sich vor allem auf gemeinsame Grundüberzeugungen, die u.a. in folgenden konsensualen¹² Statements zum Ausdruck kommen: In den Industrieländern ist eine Schrumpfung notwendig, da Wachstum ohne Naturzerstörung eine Illusion ist. Deshalb müsste hier auf Annehmlichkeiten verzichtet werden. Die notwendige Transformation zu einer PWG muss friedlich sein und von unten kommen. Sie läuft auf eine Überwindung des Kapitalismus hinaus und weibliche Emanzipation muss dabei zentrales Thema sein (ebd., 6). Dabei werden Schrumpfung und Verzicht nicht „sozial blind“ radikalökologisch begründet, sondern aus einer „öko-sozialen und globalen Gerechtigkeitsperspektive“ (ebd., 8). Das spezifisch Neue an dieser entstehenden Bewegung: Das eigene Leben und die eigene Praxis werden als Ansatz- und Ausgangspunkt gesellschaftsverändernden Handelns wahrgenommen (ebd., 5).

Weitere Indizien für eine sich entwickelnde Bewegung (nach Eversberg 2015): Ein beachtlicher Teil (43 Prozent) der Teilnehmerinnen und Teilnehmer verortet sich selbst in der Degrowth-Bewegung; viele sind miteinander vernetzt und es existiert eine hochgradig vernetzte Kerngruppe.

In ihrer sozialen Struktur, ihrem Engagement und ihren Alltagspraktiken ist das Sample u.a. sehr stark akademisch geprägt¹³. Es ist jung¹⁴, eher weiblich (51 Prozent vs. 43 Prozent, die ihr Geschlecht mit männlich angaben), großstädtisch (60%), politisch und gesellschaftlich stark und vielfältig engagiert¹⁵,

¹¹ Der sehr hohe akademische Bildungsgrad der Befragten lässt die Autoren zwar vermuten, dass das Sample nicht ohne weiteres repräsentativ für die Konferenzteilnehmer bzw. für die deutsche Degrowth-Szene ist. Aber das stelle diese Einschätzung nicht in Frage (ebd., 6).

¹² Statements wurden als konsensual klassifiziert, wenn sie von weniger als 100 Befragten abgelehnt wurden (ebd.: 7)

¹³ Fast zwei Drittel der Befragten hatten akademische Abschlüsse, zehn Prozent eine Promotion, der „Rest“ bestand größtenteils aus Studierenden. Auch die Eltern verfügen über einen weit überdurchschnittlichen Bildungsgrad, bezogen auf ihre Geburtsjahrgänge. – Eine Dominanz von Fachrichtungen war nicht zu beobachten, eher mehrere Cluster von Fächergruppen (Sozial-, Ingenieur-, Natur-, Wirtschaftswissenschaften (Eversberg 2015, 12).

¹⁴ Die knappe Mehrheit der Befragten war jünger als 30 Jahre. Es gab ein Übergewicht der Jahrgänge 1980-1992, hier z. T. auch einen deutlich höheren Frauenanteil; hingegen bei den über 60jährigen einen Männerüberhang.

¹⁵ „Hoch vernetzter Bewegungskern“ und „erweiterter aktivistischer Kern“ (zusammen 40 Prozent) (Eversberg 2015, 15).

Häufig langjährig (durchschnittlich 12 Jahre) (ebd., 16), aktiv in einer Vielfalt herrschaftskritischer Bewegungen (55 Prozent Umwelt-, 37 Prozent globalisierungskritische Bewegung, 43 Prozent Degrowth und viele andere). „Traditionelle“ Organisationsformen werden weniger bevorzugt, z.B. 11 Prozent Mitglied einer Partei (in der Gesamtbevölkerung sind es 2 Prozent, aber für eine Konferenz mit politischen Anliegen sei dies eher wenig) (ebd., 17). Häufiger in studentischen Initiativen oder in Projekten alternativen Wirtschaftens engagiert (jeweils 17 Prozent). 40 Prozent gehören mindestens einer NGO an, die Hälfte davon ist regelmäßig aktiv (ebd., 18).

vorwiegend in herrschaftskritischen Bewegungen; Besonderheiten im Alltagsverhalten¹⁶ entsprechen dieser Zusammensetzung und dem Kongressanliegen.

Jenseits der weitgehend geteilten Grundüberzeugungen gibt es vielfältige Differenzen und Mehrheitsmeinungen werden oft von starken Minderheitenpositionen konterkariert. So betont zwar eine deutliche Mehrheit die individuelle Verantwortung für schädliche Folgen des eigenen Lebensstils, wälzt dies also nicht auf das System ab und will auch nicht auf zukünftige Gesellschaftsveränderungen warten, sondern sich in vielfältigen lokal-transformativen Praxen engagieren. Gleichzeitig aber ist strittig, wie stark individuelle Verantwortung und Alltagshandeln der Hauptansatzpunkt gesellschaftlicher Veränderungen sein können und sollten (Eversberg/Schmelzer 2015, 8 f.). Auch latente Spaltungslinien werden sichtbar, insbesondere zwischen „naturromantischer Zivilisationskritik vs. rationalistischem Fortschrittsoptimismus“ (ebd., 15) oder zwischen „systemimmanentem technikoptimistischen Denken vs. Industrialismuskritik“ (ebd., 16)¹⁷.

Aber diese Differenzen müssen keineswegs zu wechselseitigen Abschottungen führen. Denn gegensätzliche Auffassungen in einem Punkt werden überwölbt durch gemeinsame Einstellungen oder Mitgliedschaften und Aktivitäten in Organisationen und Initiativen. Außerdem sind die Einstellungsmuster einiger Gruppierungen so beschaffen, dass sie eine vermittelnde Rolle in der Bewegung einnehmen könnten, in einem Falle (Cluster „Postmoderne Linke: Revolution durch praktische Selbsttransformation“ – ebd., 26f.) z.B. zwischen den Extremen („naturromantische Zivilisationskritik vs. rationalistischer Fortschrittsoptimismus“). Denn hier sind zwar auch zivilisations- und industrialismuskritische Auffassungen anzutreffen, aber ohne „romantischen Rückzug“ in Alternativgemeinschaften. Und kapitalismuskritische Einstellungen werden vertreten, ohne die „spirituellen Dimensionen unseres Lebens“ zu negieren und ohne auf einen „theoretisch-stimmigen Gegenentwurf“ zu warten. Deshalb sei gerade diese „Fraktion“ inhaltlich und sozial (z.B. hoher Grad interner Vernetzung und multiaktivistische Zugehörigkeiten) prädestiniert, „Katalysator der Wahrnehmbarkeit von Degrowth als Allianz ihrer unterschiedlicher Strömungen“ (ebd., 27) zu sein.

Auch zeigen die Erfahrungen des Leipziger Kongresses, dass es eine achtsame, argumentative Kultur des Umgangs mit Differenzen gibt, was für die Attraktivität einer solchen sich formierenden Bewegung wichtig ist.

Heterogenität der Akteure als bewegungspolitische Wachstumschance?

All dies vorausgesetzt, begünstigt diese Heterogenität der PW-Bewegung und -Szene ihre Kommunikationsfähigkeit für Brückenschläge in unterschiedliche Milieus und Denkrichtungen. So ist

¹⁶ Typisch innerstädtische Mobilitätsmuster: Rad häufigstes alltäglich benutztes Verkehrsmittel (83 Prozent), Auto wird weitgehend gemieden (12 Prozent - ebd., 20). Fast die Hälfte leben in WG's (ebd., 24). Fleischlose und fleischhaltige Ernährungsweisen halten sich annähernd die Waage (9 Prozent sind vegan), was im Vergleich zur Gesamtbevölkerung einen sehr hohen Anteil fleischloser Kost darstellt (ebd., 26).

¹⁷ „Rationalistischer Fortschrittsoptimismus“ und „Technikoptimismus“ bedeuten m. E., dass es sich eher um Degrowth-Interessierte „ökologische Modernisierer“ handelt, die sich selbst der Degrowth-Bewegung zurechnen oder von den Autoren der Studie in ihr verortet werden.

z.B. eine Gruppierung technikoptimistischer und weniger radikal wachstumskritisch eingestellt als der Durchschnitt und sie grenzt sich auch nicht so strikt von konservativem Gedankengut ab (ebd., 21f.). Das könnte es diesen Personen erleichtern, Dialoge und punktuelle Allianzen mit Wachstums skeptikern unter den „ökologischen Modernisierern“ zu entwickeln und den Bazillus der Wachstumskritik in dieses einflussreiche Milieu zu tragen. Außerdem vermute ich hier „nachhaltigkeits-desillusionierte“ Personen, die einst selbst von ökomodernen Positionen aus gestartet sind.

Andere „Fraktionen“ können auf Grund von Herkunft, Einstellungen und ihres Engagements besser in andere Szenen wachstumskritisch hineinwirken, so z.B. in die traditionelle linke Szene oder in das „schwierige“ Gewerkschaftslager.

Aber es gibt noch einen weiteren Aspekt. Im Unterschied zu anderen gesellschaftskritischen Bewegungen und Initiativen besitzt PW/Degrowth kein klar abgrenzbares, „handgreifliches“ Konflikt- oder Praxisfeld als Gegenstand für Aktionen, konkrete politische Forderungen etc. Das schließt zwar symbolische Aktionen gegen besonders symptomatische Auswüchse des „Wachstumswahns“ (Großprojekte, Werbung, neue Braunkohle-Tagebaue etc.) nicht aus. Aber der spezifische Gegenstand von Wachstumskritik sind grundlegende kulturelle und strukturelle Ursachen, Mechanismen, Dynamiken, die querschnittsartig den von anderen Bewegungen „bearbeiteten“ Problemen und Konflikten zugrunde liegen, seien es Klima, Umwelt, Demokratie, Tierschutz, aber auch (gewerkschaftsnahe) Themen, wie Arbeitszeit- und -bedingungen, Stress, Burnout usw. Für all diese Problemfelder ließen sich wesentliche Zusammenhänge zu Wachstumszwängen analytisch aufzeigen. PW steht zudem für radikale Reformen und Alternativen, welche die Reproduktion von Wachstumszwängen schwächen oder aufheben.

Insofern könnte PW natürlicher Partner, roter Faden oder auch Dach eines breiten, thematisch kaum eingrenzbaaren Spektrums von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteuren werden, die in diesen Konfliktfeldern agieren. Dass viele PW-Bewegte aus solchen Zusammenhängen kommen, sich dort politisiert und radikalisiert haben und noch aktiv sind, kann die transformativen Potentiale beider Seiten stärken. Hier liegt auch eine bedeutende Chance, die Akteursbasis von PW durch Allianzen zu erweitern.

Kurzum: Die thematische Spezifik von PW bietet Chancen für einen weiten Wirkungsradius in einem vielfältigen Spektrum von Akteuren und AktivistInnen. Diese diskursiv oder durch das Gewinnen neuer AnhängerInnen und AllianzpartnerInnen zu nutzen, dafür kann eine heterogene PW-Szene und -Bewegung vorteilhaft sein. Realistisch vorstellbar scheint mir der erstrebte – basisdemokratisch wesentlich von unten vorangetriebene, friedliche, kulturell fundierte, vermutlich sehr langwierige, fehlerfreundlich-tastende – Wandel in Richtung PWG ohnehin nur als von einer sehr weit gefächerten Allianz von sozialen, politischen, weltanschaulich-religiösen Bewegungen und Strömungen getragener Prozess. Um allerdings aus Heterogenität Stärke nach innen und außen zu gewinnen, ist die Fähigkeit der PW-ProtagonistInnen gefragt, offen, achtsam und produktiv mit ihrer sozialen, kulturellen, politischen Vielfalt umzugehen und „falsche Gegensätze“ zu vermeiden.

Dazu gehört auch, offen und dialogfähig nach „außen“ zu sein, etwa gegenüber Gewerkschaftern, die auf bestimmte Formen (suffizienzorientierter, „antikonsumistischer“) Wachstumskritik allergisch reagieren, da dies Lohnverzicht legitimiere. Seitens der Wachstumskritiker erfordert dies anzuerkennen, dass es auch jenseits der vertrauten Milieus, z.B. bei Beschäftigten „schmutziger Industrien“, Gesellschaftskritik und ökologische Sensibilität gibt, die sich aber anders artikulieren. Und für sie entsteht das Neue, etwa das sozialökologisch konvertierte Produkt, nicht unbedingt gegen oder neben „ihrem Betrieb“, sondern auch durch ihn¹⁸. Andererseits allerdings sollte es Wachstumskritikern erlaubt sein, die Legitimität bestimmter traditioneller Formen des Kampfes um mehr soziale Gerechtigkeit aus ökologischer Sicht zu hinterfragen, ohne gleich in die Nähe eines trojanischen Pferdes neoliberaler Austeritätspolitik gerückt zu werden. Denn auch Gewerkschaftspolitiker und Betriebsräte können dem Problembewusstsein der von ihnen vertretenen Belegschaften durchaus „hinterherhinken“ (vgl. Dörre et al 2014).

4. Strategien des Wandels zu PW – alternativ...

Angesichts der angedeuteten Vielheit der Akteure und Strömungen kann es nicht überraschen, dass es in der Frage nach den geeigneten Wegen und Strategien vom Heute in eine PWG unterschiedliche Präferenzen gibt. Wichtig scheint mir, dass eine sich entwickelnde Bewegung als Ganzes das Repertoire ihrer transformativen Wirkungschancen ausschöpft und möglichst viele Akteure dabei etwas „nach ihrem Geschmack“ finden und unfruchtbar wertende Gegenüberstellungen vermieden werden.

Diskutiert werden vor allem vier Möglichkeiten, den PW-Wandel zu befördern:

- *Aufklären*: die herrschende Ordnung, ihre Wirtschafts- und Lebensweise *delegitimierend* kritisieren als nicht in Zeit und Raum übertragbar, als parasitär, die eigenen zivilisatorischen Grundlagen zerstörend; *attraktive Visionen*, Bilder und Geschichten entwickeln, die Alternativen verdeutlichen und zeigen, wie Wirtschaft und Gesellschaft, ein gutes Leben für alle aussehen könnten; *Spielräume* für transformatives politisches Handeln in unterschiedlichen Formen, für Innovationen oder Selbstveränderungen in Richtung PWG verdeutlichen. Das zu Verändernde auch als Einladung verstehen, sich selbst als Teil des beklagten Problems zu begreifen und durch „Selbstdenken“ (Welzer 2013) zum Akteur zu werden.
- *PW-Praktiken* in Nischen erproben, vorleben, damit zeigen, dass Alternativen selbst im bestehenden Rahmen prinzipiell und durch Selbstermächtigung in begrenztem Maße möglich sind.
- Durch politische *Kämpfe* und Druck von unten Spielräume für Experimente und Reformen erweitern, dabei Selbstwirksamkeit erfahren.
- Über radikale *Reformen* Machtkonstellationen und Institutionen so verändern, dass Ergebnisse der o.g. Strategien befestigt werden und als günstigere Ausgangs- und Rahmenbedingungen für weitere Transformationen fungieren.

¹⁸ Aufschlussreich hierzu auch die arbeitssoziologischen Untersuchungen von Dörre et al (2014) in der Fahrzeugindustrie.

Für manche Autoren und Akteure sind die bereits erwähnten herausragenden *Ereignisse* (auch als Katastrophe, Krise, Kollaps gedacht) wichtig als Katalysatoren des Wandels. Spätestens seit den unterschiedlichen Effekten von Fukushima in Deutschland und Japan wissen wir allerdings: Was sie längerfristig bewirken, hängt stark ab vom jeweiligen sozio-politischen und kulturellen Umfeld. In diesem Fall vor allem von der Stärke der Anti-AKW-Bewegung und dem Vorhandensein alternativer Energieerzeuger.

Hauptsächlich drei Ansätze werden in der Postwachstumsdebatte diskutiert.

In Variante A kommt das erhoffte Neue in die Welt vor allem in Gestalt einer radikal alternativen, gemeinschaftlich gestalteten *Parallelgesellschaft*, die sich bottom up von Nischen, herrschaftsarmen Schutzräumen ausgehend *neben* den bestehenden Institutionen und weitgehend unabhängig von ihnen entfaltet. Gleichgesinnte mit öko-korrekten Lebensstilen, solidarischen Haltungen oder antikapitalistischen Überzeugungen experimentieren avantgardistisch gemeinschaftlich mit neuen gesellschaftlichen Formen und gestalten eine Postwachstumsökonomie (Paech 2005, 2012). Für politische Forderungen und Reformen beharrlich zu kämpfen, sei eher Zeitverschwendung. Besser wäre es anzufangen, den eigenen Lebensstil zu ändern oder kollektiv alternative Unternehmungen zu starten. Denn die Politik eilt in unserem System dem kulturellen Wandel hinterher. Politische Akteure konkurrieren um Wählerstimmen in der „Logik von Konsumdemokratien“, also im „Überbietungswettbewerb“ im Versprechen von noch mehr materiellen Selbstverwirklichungsmöglichkeiten (Paech 2012). Wer als erster ausbricht, riskiere politischen Selbstmord¹⁹. Auswege seien nur systemextern möglich – sei es durch Krisen erzwungen oder durch eine nicht mehr in der Konkurrenz um Wählerstimmen zu ignorierende Attraktivität alternativer Lebensstile, was allerdings vor dem Systemkollaps wenig wahrscheinlich sei. Deshalb wäre die bis dahin realistischere Strategie eine dezentrale und autonome Entwicklung vieler Rettungsboote (Paech 2012), um den Kollaps dann gestalten zu können.

Oder aber geht der fundamentale PW-Wandel – wie in Variante B – nur über eine buchstäbliche „*Transformation*“, also eine schrittweise *Umwandlung des Bestehenden*, der existierenden Institutionen (Lessenich 2014)? Gefragt sind hier Akteure, die die Mühen der Ebene und den berühmten „Marsch durch die Institutionen“ auf dem Weg zu strukturellen, nicht-reformistischen *Reformen* nicht scheuen. Eine Umgestaltung der Wachstumsgesellschaft sei auch nicht ohne deren politische Akteure oder gegen ihren Willen – vor allem auch der Gewerkschaften – zu bewerkstelligen (ebd.). Den Protagonisten von A werden zwar edle Motive konzidiert, ihr Konzept sei jedoch nicht transformativ, zeitige bestenfalls systemisch parasitäre „Inseln im Meer kapitalistischer Produktionsweise“ (ebd.). Es sei ein Minderheitenprogramm, jedoch kein verallgemeinerungsfähiges gesellschaftliches Veränderungsprojekt, kein Vorbote einer gesamtgesellschaftlichen Produktionsalternative (ebd.). Zudem wäre es sozial unsensibel, brandmarke „das Streben nach Verteilungsgerechtigkeit umstandslos

¹⁹ Der nicht sehr erfolgreiche Veggie-Day-Vorschlag der Grünen im Bundestags-Wahlkampf 2013 scheint dies zu bestätigen. Wer jedoch als erster mit zukunftsfähigen, aber riskanten Ideen politisch antritt, hat eventuell auch den Vorteil des „first movers“, kann z.B. als authentischer politischer Repräsentant des jeweiligen Anliegens gelten, wie dies bei Ökologithemen für Bündnis 90/Die Grünen gilt.

als Triebkraft eines ökologisch zerstörerischen Konsumerismus“ (Dörre et al. 2014: 549) und übersehe transformative subjektive Potenziale bei den „ganz normalen Menschen“, den „arbeitenden ProduzentInnen“, ignoriere somit wichtige Anknüpfungspunkte für Bündnisse (Lessenich 2014). Zudem fehle es A an einer Kapitalismusanalyse (Dörre/Lessenich 2014).

C. „Dazwischen“ befindet sich ein Ansatz, der gleichfalls die Produktionsverhältnisse verändern will und PW-Transformationen vor allem als praktische Politik dazu sieht. Das Neue in Richtung „reduktive Moderne“ (Welzer 2013, 2014) entsteht hier in erster Linie neben dem „Alten“ in „*Reallaboren*“, als neue Denkweisen und Praxen, als „Transformationsdesign“ (Sommer/Welzer 2014), aber auch als sukzessive Veränderung des Bestehenden (z.B. Gemeinwohlökonomie). Entscheidender transformativer Akteur ist hier eine neue politische PW-Bewegung, die der Wachstumsgesellschaft eine „eigene Struktur von Produktion und Konsumtion“ (Welzer 2014) entgegenstellt. Sie müsse aus den Erfahrungen alternativer ökonomischer und kultureller Praxis eine Theorie und Programmatik sowie Strategien der Transformation entwickeln. Dieser Prozess verlaufe sehr konflikthaft, da er eine Verschiebung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen einschließt (Sommer/Welzer 2014).

Gewarnt wird einerseits vor Fallstricken der Position A, vor allem vor der Gefahr subkultureller Abkapselung in alternativer Gemeinschaftlichkeit. Abgelehnt wird aber auch, sich auf Politik und Parteien einzulassen, denen es an Veränderungswillen und -fähigkeit fehle. Auch „Aufklärung“ wird hier oft als wirkungslos abgewertet (Welzer 2013) gegenüber alternativen Praxen, denen allein zugestanden wird, expansive Kulturen und Alltagsroutinen verändern zu können.

... oder komplementär?

Kontroverse Bewertungen beziehen sich vor allem auf die Positionen A und B. Aber beide Strategien haben ihre spezifischen transformativen Potenziale, die sich produktiv ergänzen können. Keine ist in der Lage, alle potentiellen Akteure zu mobilisieren. Kritikwürdig ist eher die Tendenz, die eigene Position zu verabsolutieren und andere Sichtweisen pauschal abzuwerten. Das möchte ich an wenigen Punkten illustrieren.

Die Stärke von Position A sehe ich u. a. darin, dass sie einem Bedürfnis vieler jüngerer AktivistInnen entspricht, in einem überschaubaren Zeitraum und Bereich einen sichtbaren Beitrag zu einem für sinnvoll erachteten, auch theoretisch begründbaren Wandel zu leisten und dies auf eine gemeinschaftliche, basisdemokratisch organisierte Weise zu tun. Dabei kann es sich um eine biographische Passage handeln (ebenso wie bei Position B), in der Selbstwirksamkeit und neue, politisch wichtige Erfahrungen gewonnen werden, die eben auch eine persönliche Dynamik hin zu anderen Sichtweisen auslösen können. Neue Formen von Entscheidungsfindung und des Zugangs zu Gütern, von lokaler Eigenversorgung etc. können erfunden, erprobt, am eigenen Leibe erfahren und als Argument gegen Alternativlosigkeit in politische Debatten eingebracht werden. Selbst wenn das „Experiment“ als Sackgasse erfahren wird, so können die hier erworbenen Fähigkeiten auch für andere Formen von Engagement nützlich sein. Vor allem aber können von solchen Initiativen und Gemeinschaften wichtige Impulse für einen langfristigen kulturellen Wandel ausgehen. Sind

wahlrelevante Minderheiten erreicht und schließen sich dem auch größere Verbände an, so erhöht dies den Druck auf die offizielle Politik, mit institutionellen Reformen zu reagieren und verringert das Risiko von Parteien, entsprechende Themen aufzugreifen.

Die Gefahr, dass sich werte- und überzeugungsbasierte Gemeinschaften subkulturell abkapseln ist real, aber nicht zwangsläufig. Ebenso können sie sich öffnen, in ihr Umfeld ausstrahlen, sich an politischen Aktivitäten beteiligen und in sich ein gewisses Spektrum unterschiedlicher Lebensstile akzeptieren.

Zutreffend auch der Hinweis, dass die in Alternativ-Milieus entwickelten Innovationen entgegen den Intentionen ihrer Erfinder systemimmanent, Wachstum befördernd „transformiert“ werden können, wie dies bei Formen der Sharing-Economy zu sehen ist. Dieses Risiko ist aber kaum vermeidbar und gilt auch für andere transformative Strategien. Ob die als nicht-reformistisch intendierten Reformen tatsächlich System verändernd wirken, lässt sich oft erst im historischen Nachhinein beurteilen.

Dass es sich um ein Minderheitenprogramm handelt, ist zutreffend, sofern damit AutorInnen und Akteure gemeint sind. Dies scheint mir aber der Normalfall für das Anfangsstadium tiefgreifenden Wandels zu sein. Daraus kann aber nicht umstandslos gefolgert werden, dass es sich auch um ein Programm *nur für* Minderheiten, etwa akademisch gebildete Mittelschichten, handelt. Dieser Vorwurf bedürfte des Nachweises und wäre auch nur dann berechtigt, wenn das kritisierte Konzept mit universellem Anspruch auftritt. Ansonsten wäre der (Pauschal-)Vorwurf eher ein Fall (unbeabsichtigter) Stigmatisierung (z.B. als „zeitgeistige Mittelschichtsbewegung“), überspitzt formuliert somit einer jener distinktiven Mechanismen, vermittels derer sich die Ungleichheitsverhältnisse gegen Kritik und transformative Allianzen immunisieren.

Für die in Position B hervorgehobene Bedeutung des gezielten Wandels bestehender Institutionen und etablierter politischer Großakteure (Parteien, Gewerkschaften, Verbände etc.) gibt es triftige Gründe, die von Wachstumskritikern unterschiedlicher Positionen (Sarkar 2009; Seidl/Zahrnt 2010; Jackson 2011) betont werden: Zumindest für den Übergang in eine PWG seien aktive Institutionen und vor allem Regierungen unverzichtbar, die politische Strategien für den umfassenden Wandel entwickeln und ihn anstoßen (Jackson 2011). Weil der Wachstumszwang auf vielfältige Weise strukturell verankert sei, müssten seine Ursachen durch strukturelle Reformen angegangen werden. Ein kompletter System-Umbau, die Abschaffung der alten Institutionen wäre eine Gefahr für die zivilisierte Ordnung. Besser sei eine mühsame Umgestaltung der Gesellschaft über viele kleine Schritte (ebd.,171). Entscheidendes in Richtung Reduktion könnten dem neoliberal vermarktlichten Wirtschaftssystem nur von außen politisch aufgezwungen werden, ebenso systemische Effizienzen (Thie 2013) etwa durch „suffiziente“ Infrastrukturen. Der Wirtschaft politisch vorgegebene und langfristig zuverlässige Rahmendaten (Schön 2013) können den Widerstand gegen politisch induzierten Strukturwandel reduzieren.

Institutionelle Reformen durch „viele kleine neue Gesellschaftsverträge“ (Biesecker/Hofmeister 2013) können die Ergebnisse von Innovationen, die auf Druck von unten, durch Kämpfe, veränderte Kräfteverhältnisse oder durch die in Position A hervorgehobenen Experimente ermöglicht wurden, institutionell befestigen, somit für eine Zeitlang festschreiben. Zugleich können dadurch wiederum günstigere Ausgangsbedingungen für weiteren sozialen oder kulturellen Wandel von unten entstehen.

Abstrakte, je eine Seite abwertende, Gegenüberstellungen der Transformationsfähigkeit durch Druck, Kämpfe, kulturellen Wandel „von unten“ mit jener durch politische Reformen etc. „von oben“ sind somit unfruchtbar. Das Verhältnis ist eher komplementär; beides können Wege zu einer PWG oder zu transformationsfähigen Institutionen sein. Entscheidend ist, wie den Akteuren ein solches Zusammenspiel beider Momente gelingt, das die jeweiligen Stärken zur Geltung bringt. Die Frage, wovon der intendierte Wandel jeweils stärker befördert werden kann, ist nur mit Blick auf die jeweilige Situation sinnvoll zu stellen²⁰.

Literatur

- Adler, Frank (2014). Öko-effiziente technologische Innovationen - der Ausweg aus der Öko-Krise? Kritische Anmerkungen zum Geltungsanspruch des Konzepts „Ökologische Modernisierung“, in: Bemann, Martin/Metzger, Birgit/Detten, Roderich von (Hrsg.): Ökologische Modernisierung: zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften, Frankfurt: Campus Verlag, 161–179.
- Adler, Frank (2015a). Transformationsperspektive „Postwachstumsgesellschaft“, in: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.): Transformation im 21. Jahrhundert: Theorie, Geschichte, Fallstudien. Erster Halbband, Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag, 225–264.
- Adler, Frank (2015b). „Postwachstum“ als radikal kritische und konkret-utopische Transformationsperspektive, in: Brie, Michael (Hrsg.): Lasst uns über Alternativen reden, Beiträge zur kritischen Transformationsforschung. 3 Hamburg: VSA, 77-129.
- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2012). „Nachhaltiges Wachstum“ oder „Postwachstumsgesellschaft“?, in: Forum Wissenschaft, (2), 8–12.
- Altwater, Elmar (2013). Wachstum, Globalisierung, Anthropozän. Steigerungsformen einer zerstörerischen Wirtschaftsweise, in: Emanzipation, (3, Jg.1), 71 – 88.
- Altwater, Elmar (2011). Wer von der Akkumulation des Kapitals nicht reden will, soll zum Wachstum schweigen, in: Emanzipation, (1).
- Biesecker, Adelheid/Hofmeister, Sabine (2013). (Re)Produktivität als Kategorie vorsorgenden Wirtschaftens, in: Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaftens (Hrsg.): Wege vorsorgenden Wirtschaftens, Marburg: Metropolis.

²⁰ So wäre die allgemein gestellte Frage, ob die Anti-AKW -Bewegung *oder* das EEG stärker zum Atomausstieg beigetragen haben, wohl kaum sinnvoll zu beantworten.

- Binswanger, Mathias (2013). Der Kampf gegen Treitmühlen, in: Baustelle Zukunft. Die große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, Vol. 31(133), 51–57.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011). Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.): Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg: VSA, 78–93.
- Dörre, Klaus/Holst, Hajo/Matuschek, Ingo (2014). Zwischen Firmenbewusstsein und Wachstumskritik. Empirische Befunde aus einem Industriebetrieb., in: WSI-Mitteilungen: Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, (7), 543–550.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan (2014). Grenzen des Wachstums - Grenzen des Kapitalismus?, in: WSI-Mitteilungen: Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, (7), 556–567.
- Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (2009). Soziologie - Kapitalismus - Kritik: eine Debatte, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eversberg, Dennis (2015). Erste Ergebnisse der Teilnehmerbefragung zur Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig - ein Überblick über Zusammensetzung, Engagement und Alltagspraktiken der Befragten,
- Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias (2015). Degrowth: Kapitalismuskritik muss praktisch werden! Grundkonsens und Differenzen einer entstehenden Bewegung (Entwurf, Stand: Juni 2015),
- Jackson, Tim (2011). Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München: Oekom.
- Jänicke, Martin (2011). Radikal schrumpfen/radikal wachsen lassen – Über Wachstumsillusionen und nachhaltiges Wirtschaften, in: böll Thema (2).
- Klein, Dieter (2015). Fähig zu progressiver Transformationspolitik? Die Machteliten angesichts globaler Großgefahren, in: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.): Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien - Geschichte - Fallstudien. Erster Halbband, Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften. Berlin: trafo Wissenschaftsverlag, 265–299.
- Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015). Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden: Springer VS.
- Krämer, Ralf (2010). Wachstumskritik oder sozialistische Politik? (Supplement), in: Sozialismus, (7-8).
- Latouche, Serge (2015). Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn Dt. Erstaug. Paech, Niko (Hrsg.), München: oekom.
- Lessenich, Stephan (2014). Ab in die Produktion oder der diskrete Charme der Ökonomie, in: WSI-Mitteilungen: Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung, (7), 566–567.
- Miegel, Meinhard (2009). Exit: Wohlstand ohne Wachstum, Berlin: List.
- Muraca, Barbara (2014). Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums, Berlin: Wagenbach.
- Ott, Konrad (2011). Vier Pfade ins Postwachstumszeitalter, in: Vorgänge (3), 54-69.

- Paech, Niko (2012). *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München: Oekom.
- Paqué, Karl-Heinz (2010). *Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus*, München: Hanser.
- Rockström, Johan et al (2009). A safe operating space for humanity, in: *Nature* (461), 472-475.
- Rosa, Hartmut (2013). *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung: Umriss einer neuen Gesellschaftskritik*, Berlin: Suhrkamp.
- Sachs, Wolfgang (1993). Die vier E's: Merkposten für einen maßvollen Wirtschaftsstil, in: *Politische Ökologie*, 11. Jahrgang. München: Oekom, 69–72.
- Sarkar, Saral (2009). *Die Krisen des Kapitalismus. Eine andere Studie der politischen Ökonomie*, Köln/Mainz: AG SPAK Bücher.
- Schmelzer, Matthias/ Passadakis, Alexis (2011). *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte*, Hamburg: VSA.
- Schneidewind, Uwe/Zahrnt, Angelika (2013). *Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik*, München: Oekom.
- Schön, Max (2013). Schluss mit Ping-Pong, in: *Baustelle Zukunft: die große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft*, *Politische Ökologie*, 31. Jahrgang. München: Oekom.
- Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.) (2010). *Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft*, Marburg: Metropolis.
- Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2013). *Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens*, München: Kunstmann.
- Sommer, Bernd/Welzer, Harald (2014). *Transformationsdesign. Wege in eine zukunftsfähige Moderne*, München, Oekom.
- Stengel, Oliver (2012). Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise, in: Woynowski, Boris (Hrsg.): *Wirtschaft ohne Wachstum?! Notwendigkeit und Ansätze einer Wachstumswende*, *Arbeitsberichte*. Freiburg: Institut für Forstökonomie Universität Freiburg, 284–296.
- Thie, Hans (2013). *Rotes Grün: Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft*, Hamburg: VSA.
- WBGU (2011). *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, abrufbar unter: <http://www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2011-transformation/> (letzter Zugriff: 27.3.2013).
- Welzer, Harald (2011). *Mentale Infrastrukturen. Wie das Wachstum in die Welt und in die Seelen kam*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Welzer, Harald (2013). *Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand*, Frankfurt, M.: S. Fischer.
- Welzer, Harald (2014). Mal wieder die Produktionsverhältnisse ändern, in: *WSI-Mitteilungen: Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung*, (7), 564–566.

Stefanie Graefe

Kommentar zu Frank Adler: Transformation zur Postwachstumsgesellschaft – ja, aber wie?

Frank Adler diskutiert in seinem Beitrag die eminent wichtige Frage, wie der Übergang in eine radikal andere, wachstumsunabhängige Gesellschaft und Ökonomie gedacht und gestaltet werden kann. Eine so grundlegende Frage, die zudem eine Projektion in eine noch unbekanntere Zukunft darstellt, kann in einem einzelnen Beitrag (in einer Monographie, auf einer Konferenz oder in einem Sammelband ...) kaum erschöpfend beantwortet werden. Dessen ist sich Adlers Beitrag bewusst; er stellt insofern – was mir ausgesprochen plausibel scheint – eine Art Versuchsanordnung dar: Es geht darum, mit welchem Transformationskonzept eine gesellschaftliche Veränderung in Richtung Postwachstum prinzipiell denkbar und wahrscheinlich(er) wird – und darum, welche Transformationskonzepte umgekehrt einen radikalen Umbau der Wachstumsgesellschaft eher behindern. Adlers Beitrag liefert für dieses Anliegen zum einen ein anregendes und hilfreiches Kompendium, insofern er einen fundierten Überblick über wesentliche Strömungen, Fragestellungen und Problematiken radikaler und transformationsorientierter Wachstumskritik liefert. Zum anderen unterbreitet er selbst einen Vorschlag, wie eine radikale Transformation in Richtung Postwachstum gedacht werden sollte. In meinem Kommentar werde ich mich vor allem auf den letztgenannten Aspekt konzentrieren. Dies scheint mir nicht zuletzt deshalb lohnenswert, weil der Text differenziert und zugleich kompakt begründet, wovon implizit sehr viele wachstumskritische Ansätze ausgehen: dass eine grundlegende Transformation dieser Gesellschaft in Richtung Postwachstum nicht nur wünschenswert, sondern auch möglich ist – und dass die sich derzeit formierende Postwachstumsbewegung dank ihrer Vielfältigkeit und multiplen Anschlussfähigkeit über das Potenzial verfügt, eine solche Transformation einzuleiten.

Ich möchte diese Annahme im Folgenden etwas gegen den Strich bürsten. Dabei geht es mir nicht darum, der Postwachstumsbewegung ihre Legitimität, ihr Entwicklungspotenzial oder überhaupt ihre Bedeutung abzusprechen – im Gegenteil. Jedoch gehe ich davon aus, dass das, was im vorliegenden Beitrag als Stärke beschrieben wird, zugleich ein Problem darstellt – und zwar eines, das das Transformationsanliegen potenziell unterläuft.

Die fundierende Annahme seines Beitrags formuliert Frank Adler folgendermaßen: Im Zusammenhang mit der Frage nach dem richtigen Weg in eine Postwachstumsgesellschaft seien „konfrontativ-alternative Gegenüberstellungen weder begründet noch nützlich“ (S. 1). Entsprechend werden im Text die innerhalb der wachstumskritischen Szene zirkulierenden unterschiedlichen Transformationskonzepte nicht als Gegensätze, sondern als Ergänzung bzw. Stufenabfolge gedeutet: Konzepte ökologischer Modernisierung etwa, die ausdrücklich nicht auf einen radikalen Gesellschaftsumbau zielen, stellen demnach nicht nur keine Hindernisse, sondern notwendige Vorphasen der idealerweise erfolgenden „umfassend[en] (kultur-, modernetheoretisch, feministisch etc.) begründeten PW-Transformation“ dar – eine Transformation, die von Adler als „gesamtgesellschaftlicher, alle Bereiche betreffender epochaler Bruch“ (S. 3) verstanden wird.

Dass die Möglichkeit eines solchen Bruchs gegenwärtig nicht als bloße Utopie abzutun ist, wird im Text zeitdiagnostisch begründet: Ein Umschlagspunkt in der neoliberal-kapitalistischen Spätmoderne sei

erreicht, ein „zivilisatorisches Erfolgsmodell hat seine ‚historische Mission‘ erfüllt“ (S. 4). Geschichtliche Umschlagspunkte fallen üblicherweise in Krisenzeiten und diese werden von vielen Menschen eher als Bedrohung denn als positive Veränderung oder gar Befreiung erlebt. So konstatiert auch Adler: „Ganz ohne [...] soziale Abstürze wird es wohl [...] nicht gehen.“ (S. 7). Ein gewaltsamer Umbruch ins Chaos sei jedoch nicht zu befürchten, sofern die Transformation „als Resultante eines gradualistischen Prozesses vieler kleiner Schritte, die jedoch in die *gleiche* Richtung weisen und wirken“ erfolgt (S. 7, Hervorh. i. T.). Dabei komme es darauf an, die Komplexität des Übergangs durch ein phasenweises Vorgehen, die gleichberechtigte Vielfalt von Wegen, eine friedliche Koexistenz von Lebensformen sowie begleitende wissenschaftliche Analysen und Experimente vorausschauend zu gestalten (S. 8 f.). Gerade weil die Perspektiven auf ein Leben ohne Wachstumsimperativ so unterschiedlich sind, gerade weil sie als grundlegender gemeinsamer Nenner die Überzeugung verbindet, dass dieser Imperativ samt seiner desaströsen ökologisch-sozialen Folgewirkungen überwunden werden muss, gerade deshalb könnte und sollte es der Postwachstumsbewegung gelingen – so verstehe ich die zentrale Botschaft des Beitrags –, die üblichen Frontstellungen emanzipatorisch-transformativer Politik (etwa: zwischen Reform und Revolution bzw. Subjekt- und Institutionenorientierung) zu überwinden und den anvisierten radikalen „Bruch“ mit der herrschenden Wachstumsordnung praktisch und ideologisch zu vollziehen.

Eben weil ich das grundsätzliche Anliegen des Beitrags teile, möchte ich mich in meinem Kommentar auf die in der skizzierten Perspektive womöglich implizierten Fallstricke konzentrieren und dazu einige Fragen formulieren. Im Wesentlichen geht es mir dabei um folgende drei Punkte: a) die Frage nach dem Subjekt der Transformation, b) das inhaltliche „Angebot“ einer anderen Gesellschaft sowie c) – und zentral – um die Rolle von Konflikt, Entscheidung und Widerspruch im Rahmen gesellschaftlicher Transformation.

Das Subjekt der Transformation

Eine – wenn nicht *die* – für Postwachstumsentwürfe zentrale Herausforderung formuliert Adler folgendermaßen:

„Zwischen der deklarierten epochalen Dimension einer PW-Transformation und der überschaubaren Schar der sich gegenwärtig dafür engagierenden avantgardistischen, in ihren Positionen heterogenen Akteure [...] klafft eine erhebliche Diskrepanz. Um jedoch Mehrheiten für einen solchen demokratisch zu beschreitenden Entwicklungspfad zu gewinnen, muss ihnen dieser attraktiv erscheinen, ein ‚besseres Leben‘ verheißen. Aber die herrschenden Maßstäbe für Attraktivität sind durch die aktuell hegemonialen (‚konsumistischen‘ etc.) Vorstellungen von Wohlstand, Fortschritt etc. vorgegeben. Warum also sollten ‚kritische Massen‘ mehr wollen als eine relative Verbesserung im Rahmen der gegebenen Normen?“ (S. 4)

Eine Antwort auf diese – in der Tat zentrale und hier überaus präzise formulierte – Frage liefert der Text eher indirekt: Möglicherweise könne bereits, so Adler in Anlehnung an Harald Welzer, eine Minderheit von 3-5% der Bevölkerung wichtige Veränderungen anstoßen. Es bleibt an dieser Stelle offen, ob die

verbleibenden 95-97% der Bevölkerung auch prospektiv als eine Art „Restgröße“ oder als noch zu erschließendes Potenzial der anstehenden Transformation gedacht werden. Das prinzipielle Argument scheint folgendes zu sein: Gesellschaftliche Veränderungen entstehen selten aus Massenbewegungen, sondern werden meist von avantgardistischen Minderheiten angestoßen. Eine solche Postwachstums-Avantgarde existiert bereits oder hat zumindest realistische Aussichten, sich in absehbarer Zukunft zu formieren. Damit sind die wesentlichen Voraussetzungen für eine grundlegende Transformation erfüllt; die Frage nach den „95%“ ist angesichts dessen nachrangig.

Zwei Fragen schließen sich aus meiner Sicht hier an: Zum einen verwundert der Optimismus der Einschätzung; immerhin handelt es sich bei den notwendigen 3-5% etwa im Falle von Deutschland um etwa drei Millionen Erwachsene, die bereit sein müssten, aktiver Teil einer Postwachstumsavantgarde zu sein oder zu werden (zum Vergleich: die Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen verfügen derzeit über jeweils etwa 60.000 registrierte – nicht aktive – Mitglieder). Dass die Postwachstumsbewegung über eine solche Mobilisierungspotenz verfügt, ist derzeit aus meiner Sicht weder der Fall noch absehbar in Sicht. Konzeptionell interessanter ist jedoch die Frage, ob ein Konzept transformatorischer Avantgarde *der Logik nach* überhaupt in der Lage ist, den u.a. in diesem Text formulierten (Selbst-)Anspruch auf Vielfalt, Basisdemokratie und die prinzipielle Gleichberechtigung unterschiedlicher Transformationskonzepte einzulösen. Eine Avantgarde ohne zumindest symbolisch-kulturellen Führungsanspruch ist eben keine. Ein Führungsanspruch wiederum muss durchgesetzt werden – gegen andere Alternativangebote ebenso wie gegen das routinierte Festhalten am vermeintlich Bewährten. Dies galt und gilt historisch für alle sozial-kulturellen Avantgarden, ganz besonders aber gilt es für eine Postwachstumsavantgarde, der die schwierige Aufgabe zukommt, eine Transformation attraktiv zu machen, die den meisten Bewohner_innen früh industrialisierter Gesellschaften eine erhebliche Veränderung resp. Verschlechterung ihres Lebensstils abverlangt.

Wie also entscheidet sich, wer Teil der Avantgarde ist und wer nicht? Sind beispielsweise konservative Postwachstumsvertreter_innen, die der Text an mehreren Stellen als integraler Bestandteil der Postwachstumsbewegung adressiert, dafür genauso geeignet wie wachstumskritische Bewegungslinien, vorwiegend akademisch orientierte Sozialwissenschaftler_innen oder studentische Alternativmilieus? Wer kann der (bislang passiven) Mehrheit der Menschen überzeugend vermitteln, dass sie ihren Lebensstil, ihre Wertpräferenzen und ihre Lebenspläne radikal ändern müssen? Wie stellt eine Bewegung die für diese Vermittlung notwendige Sprecher_innen-Autorität her?

Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es ist m. E. kein Problem, dass der Text auf diese ausgesprochen schwierigen Fragen keine fertigen Antworten oder gar Rezepte liefert. Es scheint mir aber bemerkenswert, dass der Text die Frage(n) nicht systematisch aufwirft. Auf diese Weise entsteht der Eindruck, die Postwachstums-Avantgarde könne, anders als alle geschichtlichen Transformationsbewegungen zuvor, *qua definitionem* auf die Auseinandersetzung mit Machtfragen, Durchsetzungsstrategien und Legitimität von Führungsansprüchen verzichten.

Das Angebot einer anderen Gesellschaft

Ein ähnliches Problem zeigt sich im Text von Frank Adler m.E. auch dort, wo es um die inhaltliche Kontur der zu erreichenden Postwachstumsgesellschaft und damit um das geht, was auch für jene „95%“, die auch prospektiv nicht zur Degrowth-Szene zählen, an einer radikalen Gesellschaftsveränderung attraktiv sein könnte. Ein auf „mehr Wohlstand“ zielendes Fortschrittskonzept kann diesen Inhalt Adler zufolge nicht liefern. Als positiver Bezugspunkt wird dennoch der US-amerikanische „New Deal“ der 1930er Jahre genannt (S. 6) – und damit interessanterweise eine staatlich verordnete Sozialreform, die Armutsbekämpfung, Lohngleichheit und damit letztlich *mehr Wohlstand* für mehr Menschen in Aussicht stellte. Es geht hier wohl weniger um den historischen New Deal als um aktuelle Konzepte eines „Green New Deal“ (ebd.). Diese allerdings sind bekanntlich mitnichten per se wachstumskritisch und müssten deshalb – im Sinne der anvisierten radikalen Transformation – *erstens* in Abgrenzung zu hegemonialen Konzepten eines wachstumsbasierten ‚Green Capitalism‘ formuliert, *zweitens* gesellschaftlich durchgesetzt und *drittens* so konzipiert werden, dass sie auch jenseits akademisch-subkultureller Nischen attraktiv und mobilisierungsfähig sind. Der von Adler selbst benannte springende Punkt, also die Frage, wie eine solch grundlegende Transformation demokratisch organisiert werden soll, wenn zugleich das in der Geschichte westlich-abendländischer Gesellschaften und Reformbewegungen zentrale Wohlstandsversprechen kategorial außer Kraft gesetzt ist, wird im Text nicht weiter vertieft.

Adler argumentiert dabei einerseits ausdrücklich nicht „katastrophistisch“: Der Übergang soll gestaltet, nicht erzwungen werden. Andererseits benennt er die Option „Normen verändernde[r] ‚Durchbrüche‘“ bzw. „herausragende[r] Ereignisse“ (S. 5). Diese sollten dann emanzipatorisch aufgefangen und gewendet werden (ebd.). Die Spannung zwischen einer demokratisch herbeigeführten Transformation und einer, die in Form von (ökonomischen, ökologischen, sozialen) Krisenereignissen womöglich „sowieso“ geschieht und dann günstigenfalls positiv gestaltet werden kann, durchzieht den Text als Ganzes. Beides scheint möglich und beides scheint sich, wie andere Widersprüche auch, unterm Strich eher positiv zu ergänzen als gegenseitig zu blockieren. An manchen Stellen könnte man zwischen den Zeilen allerdings doch den Eindruck gewinnen, dass es letztlich die „Ereignisse“ sein werden, die den Gegensatz von gradueller Transformation und epochalem Bruch, von Basisdemokratie und Avantgarde, von ausgesetztem Wohlstandsversprechen und Green New Deal in sich aufheben (sollen).

Obwohl Wohlstand als transformatorische Leitformel ausgedient hat, ist die *Wachstumsfrage* aus Adlers Sicht nicht von der *sozialen Frage* zu trennen. Es brauche „egalitäre Umverteilungen von Einkommen, Vermögen, Macht“ (S. 5); „Ungleichheiten in Einkommen und Vermögen [sind] auf dem Weg in eine PWG spürbar abzubauen“ (S. 7). Es bleibt hier offen, ob der Umbau von Eigentumsstrukturen und Lebensverhältnissen bloß als notwendige *Voraussetzung* für weniger Wachstum oder aber als Transformation *sui generis* gedacht wird. Beide Optionen sind grundsätzlich plausibel, sie implizieren konzeptionell allerdings jeweils radikal Anderes: Im ersten Fall wird als Vorbedingung der eigentlichen Transformation verstanden, was unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen tatsächlich nicht weniger als eine soziale Revolution wäre: die Auflösung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und Verwertungslogiken. Die zweite Interpretationsmöglichkeit hingegen stellt die soziale Frage ins Zentrum

der Transformationsproblematik. Dafür gibt es m.E. viele gute Gründe; allerdings unterläuft eine solche Interpretation die für diesen Text (und viele andere wachstumskritische Beiträge) fundierende Annahme von der radikal transformatorischen Rolle von Wachstums- *statt* Kapitalismuskritik. In Adlers Text werden wiederum beide Möglichkeiten – die soziale Frage als Randbedingung oder Epizentrum des Übergangs in eine Postwachstumsgesellschaft – offengehalten.

Und während im Text einerseits ein Autor spricht, der selbst Teil einer transformatorischen Minderheitsbewegung ist, die noch weit davon entfernt ist, gesellschaftlich wirksam zu werden, scheint er an anderen Stellen aus dem Zentrum gesellschaftlicher Steuerung heraus geschrieben zu sein: Die Transformation ist bereits erfolgt oder zumindest gesellschaftlich abgesegnet; nun geht es darum, welche technischen und bürokratischen Maßnahmen im Konkreten zu ergreifen sind, um ihren Erfolg zu sichern. Erforderlich sei „ein Zusammenwirken von Rahmenplanungen mit Marktmechanismen und Beteiligungsformen auf verschiedenen Ebenen.“ (S. 6); zu erreichen etwa durch den Ausbau des Öffentlichen, der Sorgeökonomie, Investitionen in ökologisch konsistente Technologien etc. (ebd.). Mehrfach wechselt der Bewegungsautor also gewissermaßen in die Position des Sprechers einer Postwachstumsregierung, der seiner Bevölkerung erklärt, welche Schritte jetzt einzuleiten sind und warum. Unbenannt bleibt dabei das eigentliche Thema des Textes, nämlich die Transformation selbst: Hat man eine Partei gegründet und ist erfolgreich gewählt worden, hat es ein katastrophales Großereignis gegeben, das die etablierten politischen Kräfte zum Umdenken und Einlenken zwang, verändert eine radikale soziale Bewegung durch ihren ebenso vorbildlichen wie attraktiven Lebensstil die Alltagspraxen der Menschen derart, dass wachstumsbezogene Produktions- und Konsumptionsweisen schlicht nicht mehr funktionieren – oder ist diese Frage im Grunde irrelevant, weil auch hier alle Optionen als gleichermaßen möglich, wünschenswert und wirkungsvoll verstanden werden?

Kommunikation statt Konflikt?

Argumentativ fußt das für das Kernargument des Textes konstitutive Offenhalten aller Optionen auf der fast vollständigen Abwesenheit der Kategorie *Konflikt* (die ihrerseits eng mit den Kategorien Widerspruch, Interessen und Entscheidung verknüpft ist). Frank Adler geht in seinem Text zwar nicht davon aus, dass der Übergang in eine neue Gesellschaft konfliktfrei ablaufen wird. Allerdings scheinen Konflikte doch vergleichsweise leicht auflösbar zu sein: Man darf – etwa im Hinblick auf „ökonomische Eliten“ (S. 5) – auf eine „optimistische Antwort“ (ebd.) hoffen. Eliten seien kein monolithischer Block und sie würden außerdem vom „lebensweltlich-sozialen Leiden“ (ebd.) nicht verschont. Zudem könnten sie „in gravierenden Entscheidungssituationen progressiv beeinflusst werden“ (S. 5). Dies werde auch dadurch möglich, dass die Postwachstumsbewegung selbst kein Lager darstellt, sondern „Minderheiten und Querdenker in allen möglichen Parteien und Institutionen“ zu ihren Mitgliedern zählt (S. 13), die selbst Teil der Eliten sind oder zumindest über belastbare Verbindungen verfügen. Offenheit und Dialogfähigkeit – etwa auch gegenüber uneinsichtigen Gewerkschaftern, „die auf bestimmte Formen [von] [...] Wachstumskritik allergisch reagieren“ (ebd.) schaffen demnach temporäre oder auch längerfristige Bündnisse.

Man könnte dieses Argument – zugegebenermaßen etwas polemisch – noch weiter zuspitzen: Ein Gegner, der eigentlich nicht existiert, muss auch nicht bekämpft werden; ein Eigenes, das überall anschlussfähig ist, muss sich nicht durchsetzen oder beweisen. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die (nicht nur) aus soziologischer Perspektive zentrale Frage nach strukturellen Herrschaftsverhältnissen (die bekanntlich vor allem dort wirksam sind, wo sie unabhängig von der Ein- und Absicht einzelner Personen existieren), nach der Funktionsweise gesellschaftlicher Institutionen oder sozialer Hegemonie zu diskutieren. Ich möchte lieber kurz noch einen anderen Punkt benennen: Wo angenommen wird, dass sich soziale Widersprüche und Konflikte mit den Mitteln des Dialogs und der Kommunikation rückstandslos auflösen lassen, existiert nicht nur keine Notwendigkeit gesellschaftliche Interessengegensätze und soziale Antagonismen auszuloten, sondern auch keine Notwendigkeit für *internen* Streit um Ziele, Programme, Bündnisse und Strategien. Und tatsächlich: Ob Aufklärung, Nischenpolitik, Kämpfe oder Reformen, ob Parallelgesellschaft, Trans-Formation oder Reallabore – nichts schließt sich, Adler zufolge, gegenseitig aus; alles ergänzt sich und befruchtet einander: „Druck, Kämpfe kulturelle[r] Wandel ‚von unten‘“ und Transformationsfähigkeit „durch politische Reformen etc. ‚von oben‘“ (S. 17). Nicht nur der Konflikt mit potenziellen Transformationsgegnern, auch die (in allen bisherigen historischen Umwälzungsprozessen durchaus bedeutsamen und oftmals bitteren) internen Auseinandersetzungen über den richtigen Weg zur anderen Gesellschaft scheinen seitens der Postwachstumsbewegung also als bereits a priori befriedet. Der Grund dafür liegt in der prinzipiellen „Fähigkeit der PW-ProtagonistInnen gefragt, offen, achtsam und produktiv mit ihrer sozialen, kulturellen, politischen Vielfalt umzugehen und ‚falsche Gegensätze‘ zu vermeiden.“ (S. 13).

Die anvisierte historische Wende zur Postwachstumsgesellschaft, der ebenso radikale wie epochale Bruch mit der bestehenden Eigentumsordnung, sozialen Herrschaftsverhältnissen, Produktionsweisen und alltäglichen Lebensstilen erscheint hier als Überwindung der für demokratische Gesellschaften konstitutiven Konstante von Konflikt, Widerspruch und Entscheidung; gewaltfreie Kommunikation und Achtsamkeit nicht nur als Selbstführungs- und Paarkonflikt-Bearbeitungsnorm, sondern als Gesellschaftsmodell, in dem nichts mehr existiert, um das es sich ernsthaft zu streiten lohnte. Wie realistisch oder auch sympathisch man persönlich eine solche Gesellschaftsvision findet, mag jede_r selbst entscheiden. Die hier relevante Frage ist aus meiner Sicht, ob eine solche Vision nicht in sich selbst in doppelter Weise widersprüchlich ist: Denn *erstens* stellt sich die Frage, wie sich das ‚zu Inklusierende‘ bestimmt, wenn nicht an seinen eigenen Grenzen. Wird man auch Wachstumsapologeten und Großkapitaleigner in die Postwachstumsavantgarde inkludieren, sofern diese gesprächsbereit sind? Falls nicht: Wer informiert sie aufgrund welcher Kriterien über den Ausschluss – und setzt diesen dann auch durch? Auch intern scheint der Bewegung ein logisch kaum lösbares Paradox aufgegeben: Was, wenn sich Strömungen innerhalb der Postwachstumsbewegung formieren, die darauf bestehen, dass man sich auf eine gemeinsame und verbindliche Durchsetzungsstrategie einigt, auf eine (oder zwei oder drei) Kernforderungen konzentriert und andere vernachlässigt, oder darauf, dass man bestimmte gegnerische Interessengruppen angreift, gezielte strategische Bündnisse mit einigen, aber nicht mit allen gesellschaftlichen Kräften sucht – wird ihre

Position innerhalb der Bewegung dann als gleichberechtigt und legitim verhandelt (und welche Konsequenzen folgen daraus) oder als grundsätzlich inakzeptabel? Umgekehrt (und wichtiger): Was passiert, wenn solche Forderungen (nach Bündelung der Kräfte, Einigung auf konkrete Ziele, langfristige strategische Perspektiven) *nicht* erhoben werden (dürfen) – wie wird eine solche Bewegung dann jemals gesellschaftlich bedeutsam oder gar transformationsrelevant werden?

Zweitens (und darüber hinaus) stellt sich diese Frage insbesondere in der gegenwärtigen postdemokratischen Konstellation, die *normativ* auf *derselben Doktrin* der unendlichen Vielfalt der Identitäten, der Positionen, der Lebensentwürfe und der Waren gründet, weshalb in der flexibel-kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft bekanntlich alles Mögliche gesagt und gedacht werden kann (z.B. auch radikale Wachstumskritik), ohne dass sich an den real existierenden Verhältnissen auch nur das kleinste Bisschen ändert. Meine Frage lautet mit anderen Worten, ob eine radikale gesellschaftliche Transformation Richtung Postwachstum nicht u.a. darin bestehen müsste, der normativen Vielfalt des prinzipiell Möglichen die Begrenztheit des konkret Gewollten und der Positivität von Integration und Kommunikation die Negation der Kritik und das Risiko der Entscheidung gegenüberzustellen.

Um abschließend die spannende, von Frank Adler präzise gestellte Frage nach einem aussichtsreichen Transformationskonzept in eine Postwachstumsgesellschaft noch einmal in Form einer zugespitzten (Gegen-)These zu beantworten: Ich meine, dass eine Wachstumskritik, die mehr sein will als ein subkulturell-akademisches Spielfeld, irgendwann Entscheidungen über Kernforderungen, mögliche Bündnispartner und kurz-, mittel und langfristig konkret erreichbare Ziele wird fällen müssen, und dass sie auch unvereinbare Positionen und Akteure, nicht zuletzt auch in den eigenen Reihen, wird benennen und identifizieren müssen; die Kategorie der Entscheidung, des Streits und des (womöglich sogar unversöhnlichen) Konflikts kann nicht prinzipiell ausgesetzt werden. Konfliktvermeidung als Handlungsnorm trägt unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen eher zur weiteren postdemokratischen Depolitisierung des Sozialen bei als zur Stärkung radikal transformatorischer Potenziale.